

OA-UPDATE SANKTIONEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit diesem 11. Sanktionsupdate des Jahres melden wir uns aus der Sommerpause zurück. Wir haben für Sie darin alle wesentlichen Entwicklungen seit dem 1. August 2024 zusammengefasst, entsprechend umfangreich sind die einzelnen Kapitel ausgefallen.

Experten gehen davon aus, dass es in der Zeit der ungarischen Ratspräsidentschaft (1. Juli bis 31. Dezember 2024) kein umfangreiches neues Sanktionspaket geben wird. Umso wahrscheinlicher sei ein umfangreiches Paket in den ersten Monat der daran anschließenden polnischen Ratspräsidentschaft. Entsprechend wird die Zeit bis dahin genutzt, um neue Ansätze für Sanktionen zu identifizieren (in der Diskussion sind etwa Sanktionen gegen russische Düngemittel und Metalle wie Aluminium und Nickel) und um an einer besseren Umsetzung bestehender Sanktionen zu arbeiten. Im Mittelpunkt steht dabei die so genannte No-Russia-Clause, die seit einigen Monaten für die Lieferung besonders kritischer Güter an Abnehmer in vielen Drittländern verpflichtend ist. Die Praxis zeigt, dass die Klausel vielen Unternehmen weiterhin Probleme bereitet. Wenn Sie hier besondere Erfahrungen gesammelt haben, freuen wir uns sehr über deren Schilderung.

Aktuell ist das Bundeswirtschaftsministerium dabei, seine beiden Hinweispapiere zur Sanktionsumsetzung zu ergänzen. Und die EU-Kommission plant die Einrichtung eines „Sanctions Helpdesks“ für kleine und mittelständische Unternehmen im Jahr 2025. Wir halten Sie diesbezüglich auf dem Laufenden.

Während die EU in den vergangenen Wochen nur kleinere Veränderungen an ihren Russland-Sanktionen vornahm, gab es in den USA nochmals gravierende Entscheidungen; z. B. wurden über 400 Personen neu gelistet und russische Medien ins Visier genommen. Zudem scheinen die USA mit ihren Finanzsanktionen zunehmend Erfolge zu erzielen, Berichte über Probleme Russlands im internationalen Zahlungsverkehr sind in diesem Update zahlreich.

Wie immer freuen wir uns über Ihr Feedback und Anregungen zum Update und wünschen Ihnen einen guten Herbstanfang!

**OA-Update 2024/11
Stand: 17. September**

Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Ost-Ausschuss mit Bundeskanzler Scholz in Zentralasien

Eine Delegation unter Beteiligung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft ist am Sonntag zusammen mit Bundeskanzler Olaf Scholz nach Usbekistan und Kasachstan aufgebrochen. Am Montag (16. September) standen in der usbekischen Metropole Samarkand Wirtschaftsgespräche unter Beteiligung des Bundeskanzlers und des usbekischen Staatspräsidenten Shavkat Mirziyoyev an. Der Ost-Ausschuss unterzeichnete dabei ein bilaterales Kooperationsabkommen mit dem usbekischen Investitionsministerium. In der kasachischen Hauptstadt Astana kommt es am heutigen Dienstag (17. September) als Höhepunkt der Reise erstmals zu einem Gespräch deutscher Wirtschaftsvertreter mit dem Bundeskanzler und den Präsidenten aller fünf zentralasiatischen Staaten (Z5+1). Die Reise dient nicht zuletzt dazu, zu ermitteln, inwieweit Zentralasien Russland als Partner für Rohstofflieferungen ersetzen könnte. Die Raffinerie im Brandenburgischen Schwedt wird bereits mit Rohöl aus Kasachstan beliefert. Zudem wird die Verhinderung von Sanktionsumgehung eine Rolle in den Gesprächen spielen. Hier die ausführliche Pressemitteilung zur Reise:

[Ost-Ausschuss begleitet den Bundeskanzler nach Zentralasien | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Anpassungen bei Hinweispapieren der Bundesregierung

In Folge der Neuerungen aus dem 14. Sanktionspaket arbeitet das Bundeswirtschaftsministerium (BMWK) aktuell im Dialog mit deutschen Wirtschaftsverbänden an einer Aktualisierung von zwei Hinweispapieren. Es handelt sich um das „Hinweispapier zur Unterstützung der Unternehmen beim Umgang mit warenverkehrsbezogenen Sanktionen“ (Stand: Dezember 2023) und das Hinweispapier zur Sanktionsumgehung bei „kriegsrelevanten Gütern“ (Stand: April 2024).

Die Änderungen in beiden Hinweispapieren beziehen sich nach Angaben des BMWK insbesondere auf die Erläuterung der Relevanz der neuen Artikel 8a, 12ga und 12gb der VO (EU) Nr. 833/2014, die mit dem 14. Sanktionspaket hinzugekommen sind. Weiterhin wurden im Hinweispapier zu den unternehmerischen Sorgfaltspflichten vier neue Risikoindikatoren aufgenommen:

- Kunden-/Lieferadressen doppeln sich oder weisen keine passende Geschäftstätigkeit aus (z.B. Wohnhaus, Spedition).
- Kundennachfragen nach militärisch relevanten Produkteigenschaften
- Versand-/Transportroute trotz Transitverbot durch Russland/Belarus
- Nutzung bestimmter Vertrags- und Lieferbedingungen (z.B. Ab Werk/Freifrachtführer)

Die überarbeiteten Papiere werden in Kürze auf den Internet-Seiten des Ministeriums veröffentlicht.

Russland-Handel weiter stark rückläufig – Ukraine rückt vor

Im ersten Halbjahr ist der deutsch-russische Handel nach den vom Ost-Ausschuss ausgewerteten Zahlen des Statistischen Bundesamts weiter gesunken. Die deutschen Exporte dorthin sanken im 1. Halbjahr 2024 um 1,2 Milliarden Euro (-25 Prozent), die deutschen Importe aus Russland brachen im Vorjahresvergleich sogar um 1,5 Milliarden Euro auf nur noch gut eine Milliarde Euro ein (-58 Prozent).

Positiv entwickelte sich gleichzeitig der deutsche Handel mit der Ukraine. Die deutschen Lieferungen in das Land stiegen im ersten Halbjahr um 6,7 Prozent, die Importe von dort sogar um ein Fünftel. In der Rangliste der deutschen Außenhandelspartner lag die Ukraine unter den 29 Zielländern des Ost-Ausschusses im ersten Halbjahr 2024 vor Russland auf Platz acht. „Die deutsche Wirtschaft baut ihr Engagement in und für die Ukraine aus“, sagt Cathrina Claas-Mühlhäuser. „Dafür ist es wichtig, einen reibungslosen Waren- und Zahlungsverkehr mit der Ukraine zu gewährleisten und noch bestehende finanzielle und infrastrukturelle Engpässe zu beseitigen.“

Die negative Entwicklung des Handels mit Russland setzt sich auch auf EU-Ebene fort, wie Euractiv berichtet. Die EU-Importe aus Russland sind demnach im zweiten Quartal 2024 auf ein Rekordtief gesunken. Die vom offiziellen Statistikamt der EU am 28. August veröffentlichten Daten zeigen, dass die Einfuhren der EU aus dem östlichen Nachbarland vom ersten auf das zweite Quartal 2024 um weitere 16 Prozent gesunken sind. Im Juni sank der Gesamtwert der importierten Waren auf 2,47 Milliarden Euro – der niedrigste monatliche Wert, seit Eurostat, das offizielle statistische Amt der EU, im Januar 2002 mit der Datenerhebung begann. Dies folgte auf die Monate April und Mai, in denen mit 2,66 Milliarden Euro beziehungsweise 2,89 Milliarden Euro die zweit- und drittniedrigsten monatlichen Einfuhren verzeichnet wurden. Bei den Exporten war ein ähnlich starker Rückgang zu verzeichnen: Sie fielen im zweiten Quartal um 9,5 Prozent und erreichten im Juni mit 2,43 Milliarden Euro den niedrigsten Wert seit Januar 2003. Damit den drittniedrigsten Wert, der jemals verzeichnet wurde.

[Polen überholt China als Absatzmarkt | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)
[EU-Importe von Russland auf Rekordtief – Euractiv DE](#)

Hier die aktuellen Handelstabellen:

[Statistiken | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

2. Deutschland

Rosneft Deutschland weiter unter Treuhandverwaltung

Die Bundesregierung verlängert auf Grundlage des Energiesicherungsgesetzes (EnSiG) die Anordnung der Treuhandverwaltung für die Rosneft Deutschland GmbH (RDG) und der RN Refining & Marketing GmbH (RNRM) bis zum 10. März 2025. Dies teilten die zuständigen Ministerien in einer Presseerklärung mit. Damit unterliege das Unternehmen weiterhin der Kontrolle der Bundesnetzagentur. Dies gelte auch für die jeweiligen Anteile des Unternehmens in den drei Raffinerien PCK Schwedt, MiRo (Karlsruhe) und Bayernoil (Vohburg).

Rosneft Deutschland vereint nach Angaben der Bundesregierung insgesamt rund zwölf Prozent der deutschen Erdölverarbeitungskapazität auf sich und ist damit eines der größten erdölverarbeitenden Unternehmen in Deutschland. Mit der Verlängerung der Treuhandverwaltung werde den prognostizierten Risiken für die Versorgungssicherheit begegnet, heißt es in der Presseerklärung. Die Anordnung gewährleiste weiterhin insbesondere die Versorgung der Bundesländer Berlin und Brandenburg. Rosneft Russland habe mittlerweile glaubhaft dargelegt, dass ein Verkauf von Rosneft Deutschland aktiv betrieben werde und dieser bis zum Ende des Jahres abgeschlossen werden soll.

Katar an Übernahme von Rosneft-Assets in Deutschland interessiert

Nach Informationen der FAZ könnte Katar die verbleibenden Aktivitäten des russischen Energiekonzerns Rosneft in Deutschland übernehmen. Mit der Qatar Investment Authority scheint jetzt ein Interessent für die Vermögenswerte gefunden zu sein. Wie das Nachrichtenportal „Business Insider“ berichtete, hat Jörg Kukies, Staatssekretär im Bundeskanzleramt, in den vergangenen Monaten einen möglichen Deal verhandelt.

In den vergangenen Monaten wurde zudem spekuliert, dass es für die deutschen Aktivitäten von Rosneft Interesse aus Kasachstan geben soll. Der staatlich kontrollierte Ölkonzern KazMunayGas liefert seit dem vergangenen Sommer Öl aus Zentralasien an die PCK Raffinerie in Schwedt. Kasachstan hat auch bereits angeboten, seine Öllieferungen nach Schwedt auszuweiten, was wieder zu einer Volllastung der Raffinerie führen könnte. Die Raffinerie wurde bis zum russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 mehr als fünfzig Jahre lang über die „Druschba“-Pipeline mit Öl aus Russland versorgt.

Abwicklung von WintershallDea geht weiter

Laut dem Mutterkonzern BASF ist der Verkauf der Wintershall-Dea-Geschäfte an den britischen Energiekonzern Harbour Energy abgeschlossen. Damit neigt sich eine 125-jährige Geschichte dem Ende zu. Von der endgültigen Schließung der Zentralen von Wintershall Dea in Kassel und Hamburg sind rund 800 Mitarbeitende betroffen, heißt es in einer Mitteilung von Wintershall. Mit dem Vollzug hat BASF den entscheidenden Schritt gemacht, um die endgültige Trennung vom Öl- und Gasgeschäft zu erreichen.

Im Zuge des Ukraine-Kriegs geriet Wintershall in große Schwierigkeiten, weil das Unternehmen ein Geschäft in Russland hatte. Mit dem Verkauf an Harbour Energy wurde das Russland-Geschäft rechtlich von den restlichen Geschäften abgespalten. Das Restgeschäft wird nicht an Harbour Energy veräußert, sondern von übrigbleibenden Wintershall-Mitarbeitenden verwaltet. Verkauft wurden laut Mitteilung Produktions- und Entwicklungs-Assets sowie Explorationsrechte in Norwegen, Argentinien, Deutschland, Mexiko, Algerien, Libyen (ohne Wintershall AG), Ägypten und Dänemark (ohne Ravn) sowie Lizenzen von Wintershall Dea zur Speicherung von Kohlendioxid (CCS).

Mit dem Abschluss der Transaktion übernehmen laut der Pressemitteilung des Unternehmens Stefan Schnell, bisher Senior Vice President Group Reporting & Performance Management bei BASF SE, und Larissa Janz, bisher Vice President Special Projects bei Wintershall Dea, als Vorsitzender der Geschäftsführung beziehungsweise stellvertretende Vorsitzende die Leitung des Unternehmens. Zeitgleich haben der Vorstandsvorsitzende Mario Mehren, Chief Operating Officer Dawn Summers und Chief Financial Officer Paul Smith ihre Mandate bei Wintershall Dea niedergelegt.

Für Wintershall Dea werden mit Abschluss der Transaktion zunächst noch etwa 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kassel und Hamburg tätig sein. Sie werden für bis zu zwölf Monate insbesondere Übergangsleistungen für Harbour Energy ausführen. Wenn diese Tätigkeiten abgeschlossen sind, werden etwa 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Unternehmen verbleiben und die mittelfristigen Abwicklungstätigkeiten übernehmen.

„Zu den verbleibenden Assets von Wintershall Dea gehören Anteile an den Gemeinschaftsunternehmen in Russland, die Beteiligung an Wintershall AG in Libyen (Wintershall-Dea-Anteil: 51 Prozent), an Wintershall Noordzee BV in den Niederlanden (Wintershall-Dea-Anteil: 50 Prozent) sowie der Anteil an Nord Stream AG (Wintershall-Dea-Anteil: 15,5 Prozent)“, teilte das Unternehmen mit. Nach Abschluss der Transaktion mit Harbour Energy gehören zu den Hauptaufgaben von Wintershall Dea „die Betreuung der Ansprüche im Zusammenhang mit der Enteignung der russischen Vermögenswerte, die Veräußerung der verbleibenden Vermögenswerte, die weitere Umstrukturierung der Organisation und letztlich die Schließung der Headquarter-Einheiten in Kassel und Hamburg.“

Anfang des Jahres 2023 erklärte die Tochtergesellschaft der BASF ihr Russland-Geschäft für „faktisch wirtschaftlich enteignet“. Laut einem Präsidentenerlass verloren sowohl Wintershall Dea als auch die österreichische OMV ihre Anteile an Gasförderprojekten in Russland. Unter dem Strich stand dadurch bei Wintershall 2022 ein Verlust von 4,8 Milliarden Euro zu Buche, nach einem Gewinn von 593 Millionen Euro im Vorjahr 2021, wie das Unternehmen 2023 mitteilte.

[PI-24-18 | Wintershall Dea AG](#)

Besitzer russischer Aktien können keine Entschädigung für Sanktionen erwarten

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine führte in der Reaktion dazu, dass westliche Sanktionen russische Wertpapiere wie Aktien, Staatsanleihen und Zertifikate, die über American Depositary Receipts (ADRs) gehandelt werden, unhandelbar machten. Infolgedessen haben Anleger keinen Zugriff mehr auf ihr Kapital. Eine kleine Anfrage der AfD an die Bundesregierung ergab, dass es keine Entschädigung für diese Situation geben wird. Dies berichtet Merkur.de.

Sollten die Sanktionen gegen Russland enden, könnten Anleger wieder Zugang zu ihren Kapitalanlagen erhalten. Das Geld aus russischen Staatsanleihen, deren Laufzeit abgelaufen ist, wird bis zur Aufhebung der Sanktionen treuhänderisch verwaltet. Besonders problematisch sind die ADRs für russische Aktien, da deren Verfall zu einem Totalverlust führen kann.

Laut einer Antwort der Bundesregierung auf ein Schreiben der AfD-Fraktion sind Schadensersatzansprüche für betroffene Anleger dennoch nicht vorgesehen. Als Grund nennt die Bundesregierung, laut Merkur.de, die Eigenverantwortung der Anleger in die risikoreichen Aktien.

Russland wurde bereits nach der Annexion der Krim im Jahr 2014 von der Europäischen Union sanktioniert. Wer danach investierte, trage in diesem Zusammenhang selbst die Schuld, so die Bundesregierung. Die EU hatte damals bereits angedeutet, dass Kapitalmarktrestrictionen ein wesentlicher Bestandteil ihrer politischen Maßnahmen seien. Zudem gab es Hinweise auf einen möglichen Angriffskrieg in den Jahren 2021 und 2022. „Den deutschen Investoren und Anlegern lagen damit wichtige Informationen vor, um im Rahmen einer Risikoabwägung über eine Fortsetzung oder Beendigung ihres finanziellen Engagements mit Russlandbezug zu entscheiden“, antwortet der deutsche Bundestag in dem Schreiben.

Laut der Wirtschaftswoche sind jedoch für Anleger rechtliche Schritte gegen einige Broker möglich, wenn diese den Transfer von russischen Wertpapieren nach dem Überfall auf die Ukraine erheblich verzögerten.

[Sanktionen gegen Russlands Wirtschaft – Totalverlust für Russland-Investoren \(merkur.de\)](#)

Bundeswirtschaftsministerium weist Studienergebnisse zurück

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) weist die Ergebnisse einer Studie zu Russland-Sanktionen, die es selbst in Auftrag gegeben hatte, zurück. „Das BMWK kann die vorgenommene Einordnung der Studienergebnisse nicht teilen“, so die Ministeriumssprecherin Susanne Ungrad laut Berliner Zeitung. Das Wirtschaftsministerium hatte 2023 bei zwei führenden deutschen Instituten, dem Kiel-Institut für Weltwirtschaft (IfW) und dem ifo Institut in München, sowie zwei österreichischen Forschungszentren eine Studie zur Sanktionswirkung (siehe Update 10). Die Forscher waren zu dem Schluss gekommen, dass Sanktionen „Russlands Kapazitäten

zur Kriegsführung kaum beeinträchtigen“. Die aktuell relativ starke Wachstumsrate Russlands sei laut Studienmitautor Vasily Astrov (wiiw) nicht nur auf die Rüstungsindustrie zurückzuführen.

Mit diesen Schlüssen ist das Wirtschaftsministerium nicht einverstanden. Aus Perspektive des BMWK beeinträchtigten die Sanktionen Russlands Kapazität zur Kriegsführung nicht „kaum“, sondern „bisher noch nicht ausreichend“, wird Sprecherin Ungrad von der Berliner Zeitung zitiert. „Daher ist es wichtig, den Sanktionsdruck konsequent aufrechtzuerhalten, insbesondere durch weitere Maßnahmen gegen russische Einnahmequellen sowie gegen die Beschaffung kriegsrelevanter Güter durch Russland“. Die Bundesregierung beobachte Umgehungstendenzen genau und schärfe bei Bedarf nach, heißt es. „Dass die Sanktionen bereits jetzt spürbar wirken, sei gut belegt“, bekräftigte das Wirtschaftsministerium unter Bezugnahme auf Daten und Berichte anderer Wirtschaftsforschungsinstitute. Dass Russland trotzdem weiterhin in der Lage sei, den Krieg zu führen und unter anderem dadurch die Wirtschaft wachse, sei „jedoch ebenfalls unbestritten“. „Trotzdem teilen wir nicht die Auffassung, diese sei durch die Sanktionen ‚kaum‘ verringert“, bekräftigte Susanne Ungrad. „Denn die Frage bleibt in den Berichten und Daten offen, welche Kapazitäten Russland ohne die Sanktionen hätte, diesen Krieg zu führen. Es ist wahrscheinlich, dass diese Kapazitäten ohne Sanktionen deutlich ausgeprägter wären“.

„Die effektive Sanktionsumsetzung stellt in der vernetzten Weltwirtschaft eine enorme Herausforderung dar“, erklärte das Wirtschaftsministerium laut Berliner Zeitung. Die Behörde sehe Unternehmen in der Verantwortung, zwielichtige Geschäftsanfragen zu sanktionierten Gütern zu hinterfragen und Hinweisen auf eine Verbindung nach Russland nachzugehen.

[Russland-Sanktionen: Wirtschaftsministerium distanziert sich plötzlich von selbstfinanzierter Studie \(msn.com\)](#)

Zusammenfassung der Studie:

[Sanktionen beeinträchtigen Russlands Kapazitäten zur Kriegsführung kaum | Pressemitteilung | ifo Institut](#)

Mandy Pastohr neue Präsidentin des BAFA

Mandy Pastohr hat als erste Frau am 19. August das Präsidentenamt im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) übernommen. Sie folgt auf Torsten Safarik, der zum 1. Juli 2024 in die Geschäftsführung der Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH gewechselt ist.

„Frau Dr. Pastohr verfügt über umfangreiche Praxiserfahrung im Bereich des Mittelstands und der Außenwirtschaft. Ich bin mir sicher, dass sie eine hervorragende Besetzung für das Amt ist und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit“, sagte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck laut einer Pressemitteilung zu der Personalie.

Dr. Mandy Pastohr war bis zur Übernahme ihrer neuen Aufgabe Abteilungsleiterin im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlicher Raum und leitete zuvor mehrere Jahre als Geschäftsführerin das RKW Kompetenzzentrum in Eschborn.

In den an Bedeutung stetig wachsenden Themenfeldern Außenwirtschaft, Wirtschaftsförderung und Energie nimmt das BAFA wichtige Aufgaben des Bundes wahr, betont das Bundeswirtschaftsministerium. Das BAFA sei mit zuletzt zwei neuen Standorten im Lausitzer und Mitteldeutschen Revier und insgesamt rund 1.250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu einem wichtigen Akteur in der Umsetzung der wirtschafts- und energiepolitischen Ziele der Bundesregierung geworden. Spätestens seit den Maßnahmen zur Wirtschaftsstabilisierung während der Coronakrise und des Krieges gegen die Ukraine sowie auf dem Gebiet der Energieeffizienz sei das BAFA eine der Bundesbehörden mit der größten Lenkungswirkung in Deutschland.

[BMWK - Dr. Mandy Pastohr tritt als neue Präsidentin des BAFA ihr Amt an](#)

Verbot der Konrad Adenauer Stiftung

Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) ist in Russland zu einer sogenannten unerwünschten Organisation erklärt worden. Die Einstufung kommt einem Verbot gleich. Zwar habe sich die Stiftung etwa die Unterstützung der europäischen Einheit zum Ziel gesetzt, trage in Wirklichkeit aber einen „offen provozierenden Charakter, der auf die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und den Ländern des Westens ausgerichtet ist“. Das teilte die Generalstaatsanwaltschaft in Moskau mit. „Wir haben unsere Arbeit in Russland unmittelbar nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine eingestellt und verfügen seitdem wie alle anderen deutschen politischen Stiftungen über keine Präsenz mehr in Russland“, erklärte ein KAS-Sprecher auf Anfrage der Nachrichtenagentur AFP.

Auch die Stiftung von US-Schauspieler George Clooney ist in Russland zur unerwünschten Organisation erklärt worden, wie das Handelsblatt berichtet. „Die Stiftung arbeitet im Hollywood-Stil daran, Russland zu diskreditieren“, teilte die Generalstaatsanwaltschaft nach Angaben russischer Agenturen mit. „Sie unterstützt falsche Patrioten, die aus dem Land geflohen sind, sowie die Mitglieder verbotener extremistischer und terroristischer Vereinigungen.“ Die Clooney Foundation for Justice kämpft gegen Menschenrechtsverletzungen. Der politisch engagierte Hollywoodstar hat die Stiftung mit seiner Ehefrau, der prominenten Anwältin Amal Clooney, gegründet. Im Oktober hatte sich die Stiftung wegen mutmaßlicher russischer Kriegsverbrechen in der Ukraine an die Bundesanwaltschaft gewandt. Ihre Experten sahen in drei komplexen Kriegsverbrechen durch Berichte von Opfern oder ihren Familien und durch Fotos, Videos sowie Satellitenbilder belegt.

[Russland: Moskau stuft Konrad-Adenauer-Stiftung als unerwünscht ein - DER SPIEGEL](#)

[Russland: Moskau erklärt George Clooneys Stiftung zu unerwünschter Organisation \(handelsblatt.com\)](#)

Russischer Versandhändler übernimmt Hugo-Boss-Filialen

Das deutsche Modehaus Hugo Boss hat den Verkauf seiner russischen Abteilung an das Einzelhandelsunternehmen Stockmann abgeschlossen, wie ExportManager Online berichtet. Der Verkauf geschieht mehr als zwei Jahre, nachdem das schwäbische Modehaus seine Aktivitäten in dem Land wegen der umfassenden Invasion in der Ukraine eingestellt hatte. Darüber berichtet die „Moscow Times“.

Im April hatte Hugo Boss erstmals zugestimmt, sein russisches Geschäft an seinen Großhandelspartner Stockmann zu verkaufen, der 2014 von seinen finnischen Eigentümern an lokale Käufer veräußert wurde, nachdem Moskau die Krim annektiert hatte. „Wir können bestätigen, dass unsere russische Tochtergesellschaft an Stockmann JSC verkauft wurde – ein Unternehmen, das zu einem der langjährigen Großhandelspartner von Hugo Boss in dem Land gehört“, zitierte „Reuters“ Hugo Boss.

Die Bedingungen des Deals wurden nicht bekannt gegeben. Seit dem Einmarsch in die Ukraine ist der Ausstieg westlicher Unternehmen durch einen obligatorischen 50-prozentigen Abschlag für den Verkauf von Vermögenswerten aus Ländern, die Russland als „unfreundlich“ einstuft, darunter auch Deutschland, eingeschränkt. Potenzielle Verkäufe bedürfen auch der Zustimmung der russischen Regierung, die verlangte, dass die Arbeitsplätze bei Hugo Boss nach dem Verkauf erhalten bleiben. Die russische Unternehmensdatenbank zeige, dass Stockmann Hugo Boss Rus am 2. August erworben hat und nun 100 Prozent des Nominalwertes von 40 Millionen Rubel (470.588 US-Dollar) besitzt, wie „Reuters“ berichtet. Laut der staatlichen Nachrichtenagentur „Interfax“ werden die Hugo-Boss-Geschäfte voraussichtlich im dritten Quartal 2024 wiedereröffnet.

Starke Kritik an Düngemittelimporten aus Russland

Weil immer mehr Düngemittel aus Russland in die EU gelangen, überlegt der Düngemittelhersteller SKW Stickstoffwerke Piesteritz in Sachsen-Anhalt nach Angaben des Handelsblatts, seine Produktion dauerhaft zu drosseln und eine der beiden Produktionsanlagen nicht mehr anzufahren. „Wir entscheiden von Tag zu Tag nach Marktlage, ob wir die Anlage wieder anfahren“, erklärte ein SKW-Sprecher auf Nachfrage des Handelsblatts. Im September werde das Unternehmen entscheiden. Es gebe seit zwei Jahren „massive Verwerfungen auf dem Düngemittelmarkt“.

14 CEOs europäischer Hersteller von Düngemitteln hatten im Sommer bei EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) über ihren Dachverband Fertilizers Europe interveniert, wie das Handelsblatt berichtet. In einem Brief hieß es, russische Anbieter würden „eine aggressive Preisunterbietungsstrategie“ verfolgen, „die dazu führt, dass einheimische Düngemittelhersteller aus dem Geschäft gedrängt werden“. Die Düngemittelimporte Russlands hätten sich seit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine verdoppelt. „30 Prozent der Importe von Harnstoff kommen aus Russland“, heißt es weiter. „Wenn diese Situation anhält, kann sich die Verwendung russischer Düngemittel in der europäischen Landwirtschaft zu einer strukturellen Abhängigkeit entwickeln“,

schrieben die Unternehmer. Die Hersteller empfehlen EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen, Importzölle zu erheben. Diese sollen hoch genug sein, „um Einfuhren vom EU-Markt auszuschließen“. Russland verarbeite sein günstiges Erdgas weiter, verkaufe veredelte Produkte wie Harnstoff oder Ammoniak und stütze so seine Wirtschaft. Auch in der Aluminiumindustrie gebe es vergleichbare Probleme.

[Russland-Sanktionen: Russische Importe gefährden das Geschäft von EU-Produzenten \(handelsblatt.com\)](https://www.handelsblatt.com)

Russisches Gericht friert Linde-Vermögen in Höhe von 1,2 Milliarden Dollar ein

Ein russisches Gericht hat angeordnet, dass Vermögenswerte im Wert von rund 1,15 Milliarden Dollar einer britischen Tochtergesellschaft des Industriegaseunternehmens Linde im Streit um eine Gasverarbeitungsanlage eingefroren werden, wie die Nachrichtenagentur Reuters am 15. August berichtet.

RusChemAlliance, das die Klage eingereicht hat, ist ein Joint Venture, das zu 50 Prozent der russischen Gazprom gehört. RusChemAlliance habe bereits mehrere andere Klagen gegen europäische Banken wegen des Baus einer Gasverarbeitungsanlage in Russland mit dem deutschen Unternehmen Linde eingereicht, der aufgrund westlicher Sanktionen abgebrochen wurde. RusChemAlliance hatte das Schiedsgericht von St. Petersburg und der Region Leningrad ersucht, einstweilige Maßnahmen zu ergreifen und Vermögenswerte der Tochtergesellschaft Linde Russia UK Limited im Wert von 746 Millionen Euro (820,7 Millionen US-Dollar) und 30,7 Milliarden Rubel (333,3 Millionen US-Dollar) einzufrieren. Der Kläger argumentierte, dass das Einfrieren von Vermögenswerten notwendig sei, da westliche Sanktionen es unmöglich machen würden, ein zukünftiges Urteil in einer Gerichtsbarkeit zu vollstrecken, die Russland als „unfreundlich“ betrachtet, und dass Linde versuche, seine Vermögenswerte aus dem russischen Hoheitsgebiet abzuziehen, wie aus den Akten hervorgeht. RusChemAlliance argumentierte auch, dass die Linde-Unternehmen nicht über ausreichende Vermögenswerte in Russland verfügten, um ein Urteil zu vollstrecken.

Im Januar 2023 ordnete dasselbe Gericht das Einfrieren von Linde-Vermögenswerten in Höhe von fast 500 Millionen Dollar an.

Das Gericht gab der Klage von RusChemAlliance statt und ordnete an, dass die Anspruchsrechte der britischen Tochtergesellschaft an mehreren Gasanlagen auf russischem Staatsgebiet sowie Gelder auf den Bankkonten, Wertpapiere und Immobilien des Unternehmens eingefroren werden.

Im Jahr 2021 unterzeichneten Linde und Renaissance Heavy Industries mit Gazprom und seinen Partnern einen Vertrag über Engineering, Beschaffung und Bau des Gaskomplexes Ust-Luga. Im Mai und Juni 2022 teilte Linde dem Kunden mit, dass es die Arbeiten im Rahmen des Vertrags aufgrund der Sanktionen der Europäischen Union, die nach dem Einmarsch Russlands in der Ukraine verhängt wurden, ausgesetzt habe.

RusChemAlliance hat behauptet, dass die EU-Sanktionen die Lieferung von Ausrüstungen für die Flüssiggasanlage verbieten, jedoch nicht für den anderen Teil des Ust-Luga-Komplexes - eine Gasverarbeitungsanlage - gelten.

Schmuggel von Luxusautos – drei Männer aus Brandenburg vor Gericht

Drei Männer, die hochwertige Autos illegal nach Russland exportiert haben sollen, stehen seit Anfang September vor dem Landgericht Frankfurt (Oder). Ihnen wird ein Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz vorgeworfen. Laut der Anklage, über die der Rundfunk Berlin-Brandenburg berichtet, sollen die Männer im Alter zwischen 25 und 52 Jahren in den vergangenen zwei Jahren von Dahwitz-Hoppegarten (Märkisch-Oderland) aus knapp 500 hochwertige Fahrzeuge in die Russische Föderation verkauft haben. Das entspreche einem Ausfuhrvolumen von rund 30 Millionen Euro. Gegenüber den Zollbehörden sollen die Männer angegeben haben, die Autos nach Belarus exportieren zu wollen.

Der Verkauf von hochwertigen Autos nach Russland unterliegt den Wirtschaftssanktionen, die nach dem russischen Angriff auf die Ukraine verhängt worden sind. „Als wegen der Sanktionen die Fahrzeugpreise in der Russischen Föderation gestiegen sind, sollen die drei beschlossen haben, sich hieraus eine Einnahmequelle zu schaffen“, sagte Gerichtssprecherin Kathleen Labitzke dem rbb.

Die Verteidigung forderte am ersten Verhandlungstag, dass mehr als 50 angeklagte Fälle eingestellt werden sollen, weil die Fahrzeuge einen Wert von unter 50.000 Euro hatten und damit nicht unter die Sanktionen gegen Russland fallen würden. Die Angeklagten boten am ersten Verhandlungstag an, über ihre Geschäfte umfangreich auszusagen. Von den eingenommenen rund 30 Millionen Euro konnten laut Gericht zehn Millionen bislang nicht sichergestellt werden.

[Drei Männer wegen Exports von Hunderten Autos nach Russland vor Gericht | rbb24](#)

Durchsuchungen in Berlin wegen Sanktionsverstößen

Nach Informationen von RBB und Tagesspiegel hat der deutsche Zoll am 13. August die Geschäftsräume von zwei russischen Logistikfirmen in Tempelhof-Schöneberg durchsucht. Die Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung (ZfS) setzt damit laut RBB einen Beschluss eines Amtsgerichts durch.

Wie die Generalzolldirektion laut RBB mitteilte, besteht der Verdacht, dass die Firmen gegen die wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahmen gegen Russland verstoßen haben. Demnach vollstreckt die zuständige Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung (ZfS) einen Beschluss des Amtsgerichts. Die Durchsuchung dienten dem Ziel, den Gebäudekomplex im Bezirk Tempelhof-Schöneberg „abzusperren und nach Vermögenswerten zu durchsuchen“. Zudem seien Vernehmungen durchgeführt und Beweismittel beschlagnahmt worden, hieß es. Rund einhundert Einsatzkräfte waren vor Ort.

Nach russischen Medienberichten handelte es sich bei den Unternehmen um RusPost und einem anderen Unternehmen. Auch die deutsche Generalzolldirektion berichtete am 13. August über Durchsuchungen in zwei Unternehmen, nannte aber nicht deren Namen. Die Behörde verwies auf die EU-Sanktionen im Zusammenhang mit der Militäroperation in der Ukraine.

[EU-Sanktionen: Zoll durchsucht zwei russische Firmen in Berlin-Tempelhof | rbb24](#)

3. Europäische Union

EU will Sanktionen nur noch alle drei Jahre verlängern müssen

Die EU will die Möglichkeit in Betracht ziehen, die Sanktionen gegen Russland alle 36 Monate zu verlängern, berichtet die Financial Times (FT) unter Berufung auf informierte Quellen. Nach Angaben der Zeitung könnte die Europäische Kommission auch eine unbefristete Verlängerung der Beschränkungen vorschlagen. Derzeit müssen die Sanktionen alle sechs Monate verlängert werden.

Der Zeitung zufolge steht die Diskussion über dieses Thema offenbar im Zusammenhang mit Verhandlungen der EU und der USA zur Bereitstellung eines 50-Milliarden-Dollar-Kredits auf G7-Ebene, der aus Zinserträgen russischer Zentralbankgelder bedient werden soll. Die USA verlangten „eiserne Garantien“, dass die Erträge aus den russischen Vermögenswerten nicht in naher Zukunft durch eine EU-Entscheidung plötzlich eingefroren werden. Die Zustimmung zu einer solchen Entscheidung würde die Zustimmung aller 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erfordern, berichtet die FT. Ungarn habe jedoch bereits signalisiert, dass die EU Schwierigkeiten mit einer Entscheidung über neue Sanktionsfristen haben könnte, berichtet die Zeitung.

Gleichzeitig hat sich Ungarn der FT zufolge noch nicht für eine Seite in dieser Frage entschieden. Der Zeitung zufolge könnte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban, der in der Vergangenheit wiederholt Hilfen für die Ukraine blockiert hat, im Gegenzug bestimmte Führungspositionen in der neuen Zusammensetzung der Europäischen Kommission fordern.

Sollte Ungarn die allgemeine Entscheidung nicht blockieren, könnte die EU ihre Bereitschaft bekunden, 40 Milliarden Dollar bereitzustellen, und hoffen, dass die USA den Rest ihrer G7-Verpflichtungen erfüllen, schreibt die FT.

Ukraine will nun doch russisches Öl nach Südosteuropa durchleiten

Im Streit zwischen der Ukraine und einigen EU-Staaten um die verweigerte Durchleitung russischen Öls des Unternehmens Lukoil zeichnet sich eine Zwischenlösung ab, wie die Moskow Times und die Frankfurter Rundschau berichten. Ungarn und die Slowakei beziehen trotz Ukraine-Sanktionen weiter russisches Öl. Statt vom Betreiber Lukoil soll dieses Rohöl in Zukunft von Tatneft, ebenfalls einem russischen Konzern, durch die Ukraine geliefert werden. Zudem soll das Öl bereits an der Grenze zur Ukraine in den Besitz der ungarischen MOL gelangen.

Zuvor hatte die Ukraine Lukoil sanktioniert – der russische Ölriese darf darum kein Öl mehr durch die Druschba-Pipeline in die westlichen Länder leiten. Aus den beiden betroffenen Ländern hatte es daraufhin heftige Kritik gegeben. Zwischen dem Duo Bratislava/Budapest und Kiew war gar ein diplomatischer Streit entbrannt. Der slowakische Premierminister Robert Fico hatte der Ukraine damit gedroht, Diesellieferungen einzustellen, um die Regierung in Kiew von den Sanktionen

abzubringen. Beide Länder hatten behauptet, die Sanktionen würden ihre Energiesicherheit untergraben.

Laut der EU-Kommission hatten diejenigen Länder, deren geografische Lage einen schnellen Umstieg nicht möglich machte, von Ausnahmeregelungen profitiert. Das 2022 eingeführte Öl-Embargo hatte damals 90 Prozent der damals vorhandenen Öl-Importe aus Russland in die EU betroffen. Grundsätzlich geht es der EU bei den Sanktionen darum, Russland um Teile seiner finanziellen Mittel zu bringen, um die Finanzierung des Militärs im Ukraine-Krieg zu erschweren. Öl ist eines der wichtigsten russischen Exportgüter.

Die ungarische Regierung gab nun eine Vereinbarung des Energieunternehmens MOL bekannt, die die Versorgung mit russischem Öl über eine durch die Ukraine verlaufende Pipeline sicherstellt. Dies berichtet die „Moscow Times“ laut Märkte Weltweit Medien. Als Teil der Vereinbarung erklärte MOL, dass es ab sofort das Eigentum an den betroffenen Rohölmengen an der belarussisch-ukrainischen Grenze übernehmen werde. Das Unternehmen fügte hinzu, dass die aktualisierten Vereinbarungen mit den EU-Sanktionen übereinstimmen würden. „Wir begrüßen die Lösung, die von MOL kommt. Es ist eine technologische Lösung“, sagte der ungarische Regierungssprecher Zoltan Kovacs vor Journalisten in einem staatlich finanzierten Think-Tank. „Aber es bleibt die politische Botschaft, die gelöst werden sollte“, fügte er hinzu und betonte, dass Ungarn immer dagegen sei, Energiesicherheit als ‚politische Waffe‘ einzusetzen.

[EU-Länder von Ukraine-Sanktionen betroffen – Lösung von Kiew vorgestellt \(fr.de\)](#)

Estland verstärkt Kontrollen, um Sanktionsumgehung zu verhindern

Estland hat seit dem 8. August seine Zollkontrollen an seiner östlichen EU-Außengrenze zu Russland deutlich verschärft. Die Kontrollen an den Straßen- und Schienengrenzübergängen in Narva, Koidula und Luhamaa sollen die bisher risikobasiert erfolgte Überprüfung von Passagieren und Fahrzeugen ersetzen. Damit soll nach Angaben von Ministerpräsident Kristen Michal der Transit und Transport von EU-Sanktionen unterliegenden Gütern durch Estland unterbunden und die Sicherheit des Landes gestärkt werden. „Bedauerlicherweise gehen die Versuche weiter, Sanktionen zu umgehen und den Transport verbotener Waren über unsere Grenzen fortzusetzen, ebenso wie der brutale Krieg, den Russland gegen die Ukraine und deren Bevölkerung der Ukraine begonnen hat“, sagte Michal. „Durch die Einführung umfassender Warenkontrollen können wir die Umgehung von Sanktion erschweren und es Russland schwerer machen, seine Kriegsmaschinerie zu versorgen.“

Die estnische Steuer- und Zollbehörde teilte mit, dass eine vollständige Kontrolle mehr Zeit in Anspruch nehmen werde und sich dadurch die Zahl an Grenzübertritten nach Russland vermutlich halbiere. Demnach werde jede Person und deren Gepäck an der Grenze einer Kontrolle unterzogen, ebenso sollen alle Fahrzeuge und die von ihnen mitgeführten Waren überprüft werden. Darüber seien die betreffenden Kommunalverwaltungen als auch Transport- und Busfirmen den Angaben zufolge bereits informiert worden.’

Nach Angaben von Finanzminister Jürgen Ligi habe der Transit von sanktionierten Waren durch Estland zugenommen. „Drittländer werden als Zielländer deklariert, aber wir glauben es nicht. Unsere Erfahrung zeigt, dass diese Waren nicht ihre angegebenen Bestimmungsorte erreichen, sondern auf halbem Weg nach Asien irgendwo in Russland haltmachen“, sagte er.

Gasabhängigkeit der EU von Russland sinkt weiter – dennoch verdient Russland weiter gut mit Rohstoffexporten

Die Europäische Kommission drängt erneut auf ein Ende des Transits von Gas aus Russland durch die Ukraine nach Europa. „Die EU ist bereit, ohne das verbleibende russische Erdgas zu leben, das über die Transitroute durch die Ukraine geliefert wird“, sagte EU-Energiekommissarin Kadri Simson in Brüssel. Man habe sich mehrere Monate auf den Stopp des Gasflusses vorbereitet und alternative Lieferwege gefunden. Simson beurteilt die Entwicklung der Gaseinfuhr aus Russland positiv, wie die FAZ berichtet. Der Anteil von russischem Gas an der Einfuhr sei von 45 Prozent 2021 auf 18 Prozent im Juni 2024 gesunken. Die EU sei damit nicht mehr erpressbar, betonte Simson. Daran ändere auch der leichte Anstieg der Einfuhr aus Russland im ersten Halbjahr dieses Jahres nichts. Er sei auf niedrigem Niveau erfolgt. Zuletzt sei die Einfuhr im August zudem wieder gesunken. Die Hauptlieferanten für Gas sind inzwischen Norwegen und die USA. Norwegen liefert per Pipeline 34 Prozent der Einfuhr. Das von den Vereinigten Staaten per Schiff gelieferte verflüssigte Erdgas (LNG) entspreche 18 Prozent der europäischen Einfuhr.

Die EU arbeite nach Angaben von Simson daran, die Einfuhr von russischem Gas weiter zu reduzieren. Das gelte auch für Staaten ohne Zugang zum Meer und damit zu LNG wie Österreich. Bezogen auf den gefährdeten Gastransit durch die Ukraine betonte die Estin, Ziel sei nicht, alternative Routen für die Lieferung von Gas zu finden, sondern die Einfuhr weiter zu reduzieren. Der trotz des russischen Angriffs auf die Ukraine geltende Vertrag zur Durchleitung von russischem Gas durch ukrainisches Gebiet läuft Ende Dezember aus. Die Regierung in Kiew hat wiederholt erklärt, dass sie den Vertrag nicht verlängern will. Das würde allen voran Österreich treffen, das nach wie vor viel Gas aus Russland bezieht. Zuletzt lag der Anteil russischen Gases bei 60 Prozent.

Die Erdgasspeicher der EU waren nach dem Bericht schon am 19. August zu 90 Prozent gefüllt. Die EU sei damit gut auf den kommenden Winter vorbereitet und habe ihre gesetzlich gesetzte Deadline 1. November klar unterboten, sagte Simson. Zur Verringerung der Abhängigkeit von Russland hat auch beigetragen, dass die EU die Nachfrage reduziert hat. Von August 2022 bis Mai 2024 sank der Verbrauch um 18 Prozent. Das entspricht rund 138 Milliarden Kubikmetern. Am stärksten ging der Verbrauch in den skandinavischen Staaten und auf dem Baltikum zurück. Deutschland lag mit 17 Prozent leicht unter dem europäischen Durchschnitt.

Shell-Chef Wael Sawan glaubt, dass die Energiekrise in Europa endgültig vorbei ist. Sawan zufolge haben die Marktpreise und die Volatilität im zweiten Quartal 2024 wieder das Niveau erreicht, das vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022

herrschte. Die Gas-, Rohöl- und Strompreise sind gesunken und stabiler geworden. Das schreibt „UBN.news“ laut ExportManager Online.

In der Zwischenzeit habe ein siebtes EU-Land begonnen, Gas aus Aserbaidschan statt aus Russland zu beziehen. Seit dem 1. August fließe aserbaidischisches Gas aus dem Feld am Kaspischen Meer nach Slowenien. „Die Lieferungen erfolgen im Rahmen der im Juli unterzeichneten Absichtserklärung zwischen SOCAR und Geoplin, dem größten Erdgasmarkt in Slowenien“, heißt es in einer Erklärung von SOCAR aus der ExportManager Online zitiert.

Vor dem Krieg bezog Slowenien demnach etwa 40 Prozent seines Gases von der russischen Gazprom. Italien, Griechenland, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Serbien haben begonnen, Gas von SOCAR zu kaufen. Bis 2027 plant die EU, jährlich 20 Milliarden Kubikmeter aserbaidischisches Gas zu kaufen. Der österreichische Energiekonzern OMV strebt ebenfalls die Unabhängigkeit von russischem Gas an.

Aktuell wird auch darüber diskutiert, dass als Ersatz für die Beendigung des Transits russischen Gases durch die Ukraine Ende 2024 ebenfalls Gas aus Aserbaidschan (per Transit durch Russland) genutzt werden könnte.

Allerdings gab es zuletzt auch Berichte, nach denen Aserbaidschan sein Gas-Angebot nicht im nötigen Maße steigern könne, und als Ersatz für Lieferungen nach Westen für den heimischen Markt jetzt Gas aus Russland nutze, dass es billiger beziehen könne. Bereits am 15. November 2022 hatte Aserbaidschan einen ersten Gas-Deal mit Russland über die Lieferung von einer Milliarde Kubikmeter vereinbart. Es wird spekuliert, dass weitere Geschäfte beim Besuch von Wladimir Putin im August in Baku eine Rolle gespielt haben könnten.

Am 18. August trafen sich die Präsidenten Putin und Ilham Aliyev und vereinbarten eine engere Zusammenarbeit. Nach den Gesprächen in Baku erwähnte Putin den Bau kleiner Tankschiffe als gemeinsames Vorhaben. Diese Tankschiffe, die sowohl auf Flüssen als auch auf See eingesetzt werden können, sollen Öl aus dem Kaspischen und dem Schwarzen Meer ins Mittelmeer und somit auf den Weltmarkt transportieren. Beide Parteien begrüßen die Intensivierung der Zusammenarbeit.

„Beobachter gehen seit geraumer Zeit davon aus, dass Russland versuchen wird, sein Gas über Aserbaidschan nach Europa zu bringen“, so Michail Krutichin, russischer Wirtschaftsanalyst und Experte für den Gasmarkt, gegenüber dem ZDF. Könnte also bald wieder russisches Gas nach Europa fließen?

Der ukrainische Energieexperte Mykhailo Gonchar vermutet ebenfalls, dass Putin und Aliyev Pläne schmieden könnten, russisches Gas durch die Ukraine zu leiten und es als aserbaidischisches Gas zu tarnen. Aserbaidschan hat nicht viel Gas, erklärt Gonchar. „Gazprom hingegen hat viel Gas, weil es den europäischen Markt verloren hat“, sagte der Experte gegenüber der Euromaidanpress. Für Putin könnte dies eine Chance sein, wieder in das europäische Gasgeschäft einzusteigen.

Rund zweieinhalb Jahre nach dem Überfall auf die Ukraine füllt Moskau seine Kriegskasse weiter mit hohen Rohstoffexporten. Seit Kriegsbeginn hat Russland allein Öl, Gas und

Kohle im Wert von nahezu 750 Milliarden Euro exportiert, wie neue Zahlen der unabhängigen Forschungsorganisation Centre for Research on Energy and Clean Air (CREA) zeigen, aus denen das Handelsblatt zitiert. Dazu kämen weitere Milliardenbeträge durch die Ausfuhr von Dünger-Chemikalien.

Seit diesem Frühjahr seien Russlands Exporte von Öl, Gas und Kohle sogar deutlich gestiegen: In den vergangenen vier Monaten lagen sie bei 66 Milliarden Euro. Das sind rund 38 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum, wie Berechnungen des Handelsblatts auf Basis der CREA-Daten ergaben. Zu den Kunden gehören nicht nur China und Indien. Auch die EU importiert weiterhin Öl, Gas, Kohle, Chemie sowie Metalle wie Aluminium und Nickel.

[Russisches Gas auf Umwegen - Archiv | Wiener Zeitung](#)
[Von Russland nach Aserbaidschan: Putin zu Besuch bei Alijev - ZDFheute](#)
[Russlands Wirtschaft in der Zwickmühle: Putin geht neue Wege um sein Gas nach Europa zu bringen \(fr.de\)](#)

EU-Gericht bestätigt Sanktion für russisches Finanzinstitut

Das Gericht der EU in Luxemburg hat laut einer Meldung der Deutschen Presse-Agentur Sanktionsbeschlüsse der Europäischen Union gegen die zentrale russische Wertpapierverwahrstelle (NSD) bestätigt. Mithilfe des Unternehmens könne die russische Regierung Finanzmittel mobilisieren und damit die Destabilisierung der Ukraine fortsetzen, entschieden die Richter am 11. September und wiesen eine entsprechende Klage des Instituts ab. Das Einfrieren der Gelder war demnach rechtmäßig. Gegen das Urteil kann noch vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) vorgegangen werden. Das NSD ist die zentrale Wertpapierverwahrstelle in Russland. Das Finanzinstitut gehört zur Moskauer Börse. Obwohl die Börse selbst ein Privatunternehmen ist, hat der russische Staat, der unter anderem durch die Beteiligung der Zentralbank ein Sperrpaket besitzt, großen Einfluss auf sie. Das NSD argumentierte, dass durch das Einfrieren von Geldern im Zusammenhang mit den Strafmaßnahmen das Eigentumsrecht der Kunden verletzt werde. Dem folgten die Richter nicht.

Wie die Anwälte laut dem russischen Kommersant anmerken, stellt die Entscheidung des EU-Gerichts die Verwahrstelle sogar auf eine Stufe mit dem Finanzministerium und der Zentralbank. Die Einnahmen aus den Vermögenswerten der Zentralbank werden bereits an die Ukraine abgeführt. Die NSD könnte demnach das gleiche Schicksal erleiden.

Laut einer mit der Angelegenheit vertrauten Person sind derzeit rund 70 Milliarden Euro von NSD bei Euroclear, dem in Belgien ansässigen Clearinghaus, blockiert. Diese Vermögenswerte werden derzeit nicht verwendet, um die unerwarteten Gewinne zu generieren, die als finanzielle Unterstützung an die Ukraine überwiesen wurden, aber das Urteil könnte jetzt tatsächlich den Weg ebnen, um sie zu verwenden und zusätzliche Erlöse später zu generieren, wie die EU es mit den Vermögenswerten der russischen Zentralbank getan hat, fügte die Person hinzu, die nicht genannt werden wollte.

Ebenfalls am 11. September entschieden die Richter über die Klagen von mehreren russischen Geschäftsleuten gegen ihre Sanktionierung. Sie wehrten sich insbesondere gegen eine Regelung, wonach sie ihre Gelder und wirtschaftliche Ressourcen vor dem 1. September 2022 melden und mit den zuständigen nationalen Behörden zusammenarbeiten mussten. Die Richter wiesen diese Klagen jedoch ebenfalls ab. Solche Pflichten seien gerechtfertigt, um bestimmte Rechts- und Finanzkonstruktionen zu bekämpfen, die die Umgehung von Sanktionen ermöglichen. Wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine erließ die EU bislang gegen mehr als 2000 Personen und Organisationen Sanktionen.

EU veröffentlicht Anpassungen bei Dual-use-Gütern

Die Europäische Kommission hat ihre jüngste Änderung der Verordnung (EU) 2021/821 veröffentlicht, die die Ausfuhrkontrolle von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck regelt. Die Änderung ersetzt den Anhang I der Verordnung durch eine aktuelle Liste von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck, die den Kontrollen unterliegen, wobei mehrere Kontrollparameter und technische Definitionen/Beschreibungen geändert sowie verschiedene Güter mit doppeltem Verwendungszweck hinzugefügt oder gestrichen werden.

[Register of Commission Documents - C\(2024\)6093 \(europa.eu\)](#)

Aktuelle FAQ zu Sanktionen (Stand 5. September):

Die EU-Kommission hat am 5. September veränderte FAQ zu den Themen „Erbringung von Dienstleistungen“ und „Einfrieren von Vermögenswerten“ veröffentlicht:

[Frequently asked questions on provision of services concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

[Asset freeze and prohibition to provide funds or economic resources - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

Hier die aktuelle Gesamtübersicht der FAQ:

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

4. Russland

Kreml investiert in Internet-Blockade

Die russische Regierung ist bereit, schätzungsweise 646 Millionen Dollar für System-Upgrades auszugeben, um den VPN-Zugang vollständig einzuschränken. Seit Beginn des Krieges in der Ukraine bemüht sich der Kreml intensiv darum, den Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen von außen zu beschränken. Als Reaktion darauf sind die Russen bei der Suche nach Möglichkeiten, die strengen Anti-Internet-Gesetze der Regierung zu umgehen, immer kreativer geworden, was zu einem Anstieg der VPN-Nutzung geführt hat.

Die russische Kommunikationsaufsichtsbehörde Roskomnadzor ist darüber nicht erfreut und verstärkt nun ihre Bemühungen, den freien Informationsfluss nach und aus Russland endgültig zu unterbinden. Zu diesem Zweck stellt die Regierung stolze 646 Millionen Dollar für die Verschärfung der Kontrollen zur Verfügung, wie die Branchen-Webseite tech.co berichtet.

VPN-Anbieter arbeiten demnach bereits an Möglichkeiten, die beabsichtigten Sperren ihrer Dienste zu umgehen, auch wenn es für den russischen Durchschnittsverbraucher schwieriger sein werde, an sie heranzukommen als in der Vergangenheit. Darüber hinaus hat die Regierung Biden Gespräche mit großen Technologieunternehmen wie Amazon, Google und Microsoft geführt, um von der US-Regierung unterstützte Instrumente zur Umgehung der Internetzensur zu erkunden.

Gegenwärtig ist die Umgehung der Regeln nicht abschreckend, da Zuwiderhandelnde nur mit einer Geldstrafe von 324 Dollar belegt werden. Eine strengere Durchsetzung könnte jedoch bevorstehen. Sollten die Strafen verschärft werden, könnten die Russen bald vor einer schwierigen Entscheidung stehen: Entweder sie riskieren Geldstrafen und Strafen für den Zugriff auf Informationen von außerhalb oder sie bleiben in der streng kontrollierten Informationsblase des Staates isoliert, kommentiert tech.co.

[Kremlin's VPN Crackdown to Cost Estimated \\$646 Million \(tech.co\)](#)

Russland behindert Rückzug der Raiffeisenbank

Die österreichische Raiffeisen Bank International (RBI) muss ihre Bemühungen, sich aus dem russischen Markt zurückzuziehen, vorläufig auf Eis legen. Das Finanzinstitut gab am 5. September in einer Ad-hoc-Mitteilung bekannt, dass ein russisches Gericht alle Aktien der dortigen Tochtergesellschaft mit einer Verfügungsbeschränkung belegt habe. Die RBI kann damit die Anteile vorläufig nicht übertragen. Das erschwere den Verkaufsprozess und werde unweigerlich zu weiteren Verzögerungen führen, heißt es in der Mitteilung, aus der die Neue Zürcher Zeitung zitiert. Man plane, die Entscheidung anzufechten. Wie der österreichische Standard berichtet, steht die Gerichtsentscheidung in Zusammenhang mit einem letztlich gescheiterten Geschäft um Anteile des Baukonzerns Strabag und dem Oligarchen Oleg Deripaska, an dem die Bank mittelbar beteiligt war.

Seit sich mit Russlands Großangriff auf die Ukraine viele Unternehmen zurückgezogen haben, ist sie das größte verbliebene westliche Finanzinstitut in dem Land. Weil russische Firmen die Bank zur Abwicklung von Zahlungen in den Westen nutzen, ist Russland der mit Abstand lukrativste Markt der RBI. Vom erwirtschafteten Geld hat die RBI aber nicht viel, weil Moskau den Transfer nach Wien blockiert.

Die RBI will die Russland-Tochter abspalten oder verkaufen. Sie hat das Kreditgeschäft seit Kriegsbeginn um fast 60 Prozent zurückgefahren und auch den Zahlungsverkehr erheblich eingeschränkt, wie es im jüngsten Halbjahresbericht heißt. Der Europäischen Zentralbank (EZB) geht dies allerdings zu langsam. Sie ermahnte die RBI im Frühling, den Rückzug zu beschleunigen, und verlangte, die Kundenkredite und die internationalen Zahlungen aus Russland bis im Jahr 2026 im Vergleich zum Herbst 2023 um 65 Prozent zu reduzieren.

Eingeschränktes Angebot

Die Russland-Tochter der Raiffeisen Bank International führt seit Anfang September für Privatkunden keine ausgehenden Überweisungen in Euro mehr durch. Eine diesbezügliche Antwort des Kundenservices der Bank veröffentlichte laut Salzburger Zeitung der Fachblog MarketOverview. RBI hatte Ende Juli diesen Schritt zur „Risikominimierung in Russland“ bereits angekündigt.

„Mit 2. September kann die Raiffeisen Bank (Russland, Anm.) für Privatkunden aller Art keine ausgehenden Überweisungen in Fremdwährungen mehr durchführen“, zitierte MarketOverview. Die Beschränkung sei im Einklang mit der RBI-Gruppe im Zusammenhang mit einer Vorgabe der Europäischen Zentralbank erfolgt, hieß es.

Betroffen von der Entscheidung aus Wien dürften neben ausgehenden Euro-Überweisungen auch Operationen in chinesischem Yuan, kasachischem Tenge sowie Armenischem Dram sein, ausgehende Dollarüberweisungen waren bereits seit dem 10. Juni 2024 nicht mehr möglich gewesen. Seit dem Frühjahr 2023 hatte die russische RBI-Tochter Überweisungen in den Westen erschwert und für Privatkunden etwa die Mindestüberweisungssumme ins Ausland sukzessive auf 20.000 Euro erhöht.

<https://www.nzz.ch/wirtschaft/raiffeisen-bank-russland-blockiert-rueckzugsplaene-der-oesterreicher-ld.18>

[Wie es kommt, dass ein russisches Gericht der RBI den Verkauf ihrer Tochter verbietet - Wirtschaft - derStandard.de › Wirtschaft](#)

[Gericht verhindert Rückzug aus Russland-Geschäft – Bank sucht Ausweg \(fr.de\)](#)

Nach Sanktionen gegen Moskauer Börse: Devisenhandel weicht nach Kasachstan aus

Laut einem Bericht des russischen Wirtschaftsmediums RBC hat der außerbörsliche Handel mit Währungen - Euro und Yuan – in Kasachstan im Juli sprunghaft zugenommen.

Der größte Teil der Geschäfte entfalle auf lokale Banken. Experten führen dies auf die Sanktionen gegen den Devisenhandel an der Moskauer Börse zurück.

Das Gesamtvolumen der Euro-Käufe auf dem kasachischen Freiverkehrsmarkt stieg demnach im Juli um das 98-fache auf 1,7 Milliarden Euro, verglichen mit 17,5 Millionen Euro im Juni, wie aus den Statistiken der Nationalbank von Kasachstan hervorgeht.

Auch die Verkäufe von Euro auf dem Freiverkehrsmarkt nahmen demnach deutlich zu. So belief sich das Volumen der Verkäufe der europäischen Währung im Juni auf 16,3 Millionen Euro und erreichte im Juli fast 1,7 Milliarden Euro. 99 Prozent der Transaktionen (Gesamtkauf und -verkauf) wurden von ansässigen Banken getätigt.

Ein rasches Wachstum, wenn auch nicht in demselben Umfang, war auch bei den Geschäften mit der chinesischen Währung zu verzeichnen. Im Juni belief sich das Gesamtvolumen der Käufe dieser Währung auf 131,5 Millionen Yuan und im Juli auf 3,9 Milliarden Yuan.

Das Volumen der Transaktionen in Dollar ist dagegen leicht zurückgegangen. Die Käufe im Freiverkehr beliefen sich im Juni auf 10 Milliarden Dollar, die Verkäufe auf 9,5 Milliarden Dollar, im Juli fielen die Zahlen leicht auf 9,96 Milliarden Dollar bzw. 9 Milliarden Dollar.

Der starke Anstieg dieser Transaktionen erfolgte im Folgemonat nach dem Stopp des Dollar- und Euro-Handels in Russland, der durch Sanktionen gegen die Moskauer Börse und ihre Tochtergesellschaften verursacht wurde. Die USA verhängten diese Beschränkungen am 12. Juni. Der Handel verlagerte sich auf den Freiverkehrsmarkt.

Die Vorsitzende der Bank von Russland, Elvira Nabiullina, betonte auf die Frage nach der Wahrscheinlichkeit einer Aussetzung des Yuan-Handels, dass die Zentralbank alle Risiken in Betracht ziehe. Gleichzeitig sah sie nicht das Auftreten von Mehrfachkursen im Land.

Das Wachstum der Devisenhandelsumsätze in Kasachstan könnte mit der Verlagerung eines Teils der Konvertierungsoperationen russischer Unternehmen in dieses Land nach der Aussetzung des Handels mit Dollar und Euro an der Moskauer Börse zusammenhängen, schließen die von RBC befragten Experten nicht aus. Die Hypothese, dass Konvertierungsgeschäfte leichter über Kasachstan abgewickelt werden können, sei am realistischsten, da es keine Beschränkungen für Überweisungen zwischen Russland und Kasachstan gibt

Die US-Sanktionen wirken sich nicht direkt auf den Umlauf des Yuan in Russland aus, so dass der Handel mit der chinesischen Währung an der Moskauer Börse wie gewohnt weitergeht. Allerdings sind die Volumina deutlich zurückgegangen: Im Juni betrug das durchschnittliche tägliche Handelsvolumen im Yuan/Rubel-Paar mit „morgiger“ Abrechnung 141,2 Milliarden Rubel, im Juli etwa 77 Milliarden Rubel.

[В Казахстане почти в 100 раз выросли внебиржевые операции с евро — РБК \(rbc.ru\)](https://www.rbc.ru)

Duma plant Aufhebung des Schutzes des geistigen Eigentums von Personen aus unfreundlichen Staaten

Am 19. Juni 2024 ist ein Gesetzesentwurf ins russische Parlament eingebracht worden, der den Schutz des geistigen Eigentums von juristischen und natürlichen Personen aus „unfreundlichen Staaten“ aufheben soll. Darauf weist die Rechtsanwaltskanzlei Brand&Partner in ihrem Newsletter hin.

Die Verfasser des Gesetzentwurfs schlagen nach laut Einschätzung der Kanzlei vor, dass ausschließliche und andere Rechte an Geistigem Eigentum von juristischen und natürlichen Personen aus unfreundlichen Staaten in Russland keine Geltung mehr haben sollen. Der Schutz soll drei Jahre nach Streichung des jeweiligen Staates von der Liste der unfreundlichen Staaten wieder aufleben.

Geistige Eigentumsrechte seien in ihrer Geltung territorial begrenzt und nur innerhalb vom Staat, in dem sie erworben werden, durchsetzbar. Durch einen bilateralen, multilateralen internationalen Vertrag oder Gesetz können sie aber auch in einem anderen Staat anerkannt und geschützt werden, erklärt dazu die Kanzlei. Russland sei Vertragspartei der Berner Übereinkunft von 1886 und der Pariser Übereinkunft von 1883. Gemäß diesen internationalen Verträgen sei hinsichtlich der Schutzrechtsinhaber aus anderen Vertragsstaaten eigentlich eine Inländerbehandlung geboten. Werde dem ausländischen Rechtsinhaber aus anderen Vertragsstaaten der Schutz auf der Grundlage der nationalen Rechtsvorschriften verweigert, sei dies grundsätzlich ein Bruch des internationalen Vertrages und Verstoß gegen internationale Verpflichtungen.

Ob Russland den radikalen Schritt gehen wird und das Gesetz verabschiedet und, wie von den Autoren dieser Gesetzesnovelle formuliert, „auf die Einhaltung der völkerrechtlichen Normen, die Russland am meisten benachteiligen, verzichtet“, bleibt derzeit noch offen.

[Newsletter: "Kommt die Aufhebung des Schutzes des geistigen Eigentums von Personen aus unfreundlichen Staaten?" \(bbpartners.ru\)](https://bbpartners.ru)

Sanktionsdruck:

Chinesische Händler liefern jetzt über Iran und weitere Drittländer nach Russland

Laut einem Bericht von merkur.de hat die Sorge vor westlichen Sanktionen zunehmenden Einfluss auf Geschäfte zwischen China und Russland. Einige Unternehmen hätten Angst vor Aufdeckung der „russischen Spur“, sagte demnach Ekaterina Kizevich, CEO des russischen Beratungsunternehmens Atvira der russischen Zeitung Iswestija. Seit Juli 2024 sei die logistische Zusammenarbeit mit China deutlich komplizierter geworden, bestätigte Alexey Poroshin, Generaldirektor der russischen Firma First Group JSC, ebenfalls der Iswestija. Zurückzuführen sei dies unter anderem auf den erschwerten Zahlungsverkehr zwischen chinesischen und russischen Banken. Viele chinesische Banken haben Zahlungen aus Russland offenbar aus Sorge um westliche Sekundärsanktionen weiter eingeschränkt. Inzwischen dauere es bis zu sechs Monate, bis Zahlungen zwischen Russland und China bearbeitet würden, heißt es in russischen Medien. Direkte Zahlungen in Yuan würden zunehmend eingefroren oder verzögert.

Der Rubel fiel Anfang dieser Woche gegenüber dem Yuan um fast fünf Prozent, wie Reuters berichtete. Der Rückgang erfolgte kurz nachdem das russische Finanzministerium vorgeschlagen hatte, dass die Zentralbank von Russland ihren täglichen Yuan-Verkauf reduzieren würde. Die Zentralbanker verkauften nur noch 200 Millionen US-Dollar pro Tag, im Vergleich zu den 7,3 Milliarden Dollar, die im vergangenen Monat täglich verkauft wurden. Sberbank, eine große staatliche Kreditgeberin in Russland, teilte Reuters mit, dass sie aufgrund fehlender Deckung keine Kredite in Yuan mehr vergeben könne.

Nach jüngsten Angaben der russischen Tageszeitung Kommersant werden inzwischen etwa 80 Prozent der Yuan-Zahlungen nach Russland zurückgeschickt. Direkte Überweisungen würden zudem immer schwieriger werden, sodass die Kunden auf Vermittler zurückgreifen müssen. Lieferanten, die keine Zahlungen russischer Unternehmen über chinesische Banken annehmen können, würden versuchen, ihre Waren über Drittländer nach Russland zu exportieren, erklärte Kizevich. Für solche Lieferanten sei dies der einzige Weg, an Geld zu kommen. Notwendig sei ein dokumentarischer Nachweis, dass die Waren tatsächlich dorthin versandt werden. Eine Lieferung durch Drittländer wie den Iran sei grundsätzlich möglich, betonte die Expertin. Eine Reihe von chinesischen Lieferanten hätte nun tatsächlich mit genau diesem Manöver begonnen. Vor allem Waren wie elektronische Produkte, die von westlichen Sekundärsanktionen betroffen sein könnten, finden ihren Weg über den Iran nach Russland.

Importierte Waren können aufgrund von Problemen mit Lieferungen aus China um mindestens 10 Prozent teurer werden. Gleichzeitig steigen die Kosten der Importeure noch stärker, oft bis zu 30 Prozent, sagen die Gesprächspartner von Kommersant FM. Die Probleme sind durch die neuen Anforderungen der Unternehmen in China entstanden. Sie sind bereit, Waren nur in das Land zu liefern, aus dem die Zahlung kam. Russische Akteure schicken das Geld nun oft über Mittelsmänner in anderen Staaten, so dass der Lieferweg komplizierter wird. Dies gilt nicht nur für sanktionierte Produkte. Vladislav Viktorov hat die Details.

Vor einem Monat interessierten sich die meisten chinesischen Lieferanten nicht dafür, warum die aus Kirgisistan bezahlten Waren direkt nach Russland gingen. Jetzt haben sie begonnen, Ausfuhrerklärungen anzufordern, damit solche Situationen nicht entstehen. Die Importeure müssen dieses Problem mit neuen Gliedern in der Lieferkette lösen. Es gibt exotische Orte wie Laos, sagten die Gesprächspartner von Kommersant FM. Der Iran ist häufiger geworden, und seine Häfen werden als Zwischenglied genutzt: Die Waren kommen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, gehen dann nach Aserbaidschan und erst dann per Lkw nach Russland. Und das ist jetzt eine zwingende Voraussetzung für viele chinesische Lieferanten, sagte Georgiy Vlastopulo, Seniorpartner der Firma Optimalog. Georgiy Vlastopulo: „Ein Teil der Verlagerer verlangt nicht nur, dass sie für die Waren über Drittländer bezahlen. Sie müssen sich vergewissern, dass die Waren gemäß den Begleitpapieren diesen Weg nehmen.“

Einige Lieferanten haben Angst vor Sekundärsanktionen. Die Banken, bei denen sie Konten unterhalten, verlangen Exportdokumente, die die Ausfuhr von Waren außerhalb der Volksrepublik China, aber nicht nach Russland, bestätigen. Das Problem wäre nicht so akut, wenn es nur sanktionierte Waren betreffen würde. Die schwarzen Listen umfassen

jedoch auch Güter mit doppeltem Verwendungszweck, zu denen alle komplexen elektronischen Geräte wie Computer, medizinische Geräte und Werkzeugmaschinen gehören. Es geht so weit, dass die Lieferanten nicht einmal mehr Stoffe direkt herausgeben wollen, weil sie für die Herstellung von Uniformen für die Streitkräfte verwendet werden können. Infolgedessen steigen die Geschäftskosten, so Alexander, ein Unternehmer, der Maschinen importiert: „Ich würde immer noch von mindestens 5 Prozent sprechen, aber diese Zahl kann bis zu 30 Prozent steigen. Wenn der Transit in diesen Ländern erlaubt ist, d.h. die Waren nicht verzollt werden, sind die Kosten nicht so dramatisch. Aber wenn man das zum Beispiel in der Türkei macht, die Einfuhrumsatzsteuer bezahlt und so weiter, dann besteht die Gefahr, dass man zusätzlich 20 Prozent verliert“.

Was die endgültigen Kosten für die Verbraucher anbelangt, so wurden von der Vereinigung „Russischer Autohändler“ konkrete Zahlen genannt. Ihren Prognosen zufolge werden die Preise für Neuwagen bereits im September um 10 % steigen, da das Geld für die Verkäufer in China manchmal mit einer Verzögerung von einem halben Jahr eintrifft. Und ein solches Wachstum ist für viele Waren generell angemessen, sagt Kirill Latinsky, Exekutivdirektor von Transasia Logistics: „Wenn wir verstehen, dass das Geschäft Drittländer nutzt, dann werden die Waren in der Russischen Föderation mindestens 9% mehr kosten. Hinzu kommt, dass die Zahlungen nicht schnell abgewickelt werden.“

Angesichts der mangelnden Stabilität gehen die Unternehmen auf Nummer sicher und versuchen, ihre Marge zu erhöhen. Außerdem gibt es in China Probleme mit der Ausrüstung, was die Versandkosten von dort stark in die Höhe getrieben hat. Diese Kosten die Kosten der Waren in den Regalen der Geschäfte in die Höhe.

[Chinas Sorge vor Sanktionen setzt Putin unter Druck \(merkur.de\)](https://www.merkur.de)

[Как усложнилась поставка товаров из Китая \(kommersant.ru\)](https://kommersant.ru)

Rückkehr zum Tauschhandel?

Russland und China planen laut einem Bericht von Reuters, zur Umgehung westlicher Sanktionen den Tauschhandel wiederzubeleben. Die Geschäfte könnten die Landwirtschaft betreffen und bereits im Herbst dieses Jahres abgeschlossen werden. Das berichtete die Nachrichtenagentur unter Berufung auf anonyme Quellen aus dem Bereich Handel und Zahlungsverkehr. Eine Quelle bei einem russischen Industrieunternehmen sagte demnach der Nachrichtenagentur, dass russische Firmen auch über den Tausch von Metallen gegen chinesische Maschinenimporte sprächen.

Derartige Vereinbarungen werden erörtert, da der Handel zwischen den beiden Ländern angesichts der Verschärfung der westlichen Sanktionen gegen Russland wegen der umfassenden Invasion in der Ukraine im Februar 2022 zunehmend schwieriger geworden ist.

Bislang nutzten Russland und seine Handelspartner zur Sanktionsumgehung kleinere Banken, andere Zahlungsarten oder andere Währungen als den US-Dollar, um das vom Westen verhängte Verbot einiger russischer Banken für das weit verbreitete Swift-

Nachrichtensystem für Auslandszahlungsverkehr zu ersetzen. Diese Strategie stoße jedoch auf Hindernisse, seit die USA sekundäre Sanktionen gegen Finanzinstitute verhängt haben, die Russland unterstützen. Diese Beschränkungen veranlassten globale Banken von China über die Vereinigten Arabischen Emirate bis hin zur Türkei und Österreich, ihre Transaktionen mit Russland zu reduzieren.

Da der Tauschhandel keine Geldzahlungen erfordert, könnten Russland und China über diesen Weg solche Probleme umgehen. Es wäre nicht das erste Mal, dass Russland den Tauschhandel einsetzt, so Reuters. Er wurde bereits während der Sowjet-Ära und in den Jahren nach dem Zusammenbruch des Blocks praktiziert.

Im August 2022 erörterte das Taliban-Regime in Afghanistan ebenfalls einen Tauschhandel mit Russland. Bei dem könnten russische Rohölprodukte gegen Rosinen, Mineralien und Heilkräuter getauscht werden, berichtet die staatliche russische Nachrichtenagentur RIA Novosti. Auch der stark sanktionierte Iran und die indische Regierung führten in den ersten Monaten des Ukraine-Kriegs Gespräche mit Russland, um den Tauschhandel zu praktizieren.

Trotz Sanktionen hortet Russland Euro und Dollar

Russland führt trotz bestehender Sanktionen offenbar US-Dollar- und Eurobanknoten in Milliardenhöhe ein, wie ebenfalls die Nachrichtenagentur Reuters berichtet. Demnach hat Moskau in den vergangenen zweieinhalb Jahren Lieferungen physischer Geldscheine im Wert von 2,1 Milliarden Euro erhalten. Dabei untersagen die Verbündeten der Ukraine seit dem russischen Angriffskrieg im Februar 2022 jegliche Währungsexporte in das Putin-Regime. Eigentlich wollen insbesondere die Europäische Union und die USA Geldflüsse nach Russland stoppen. Mit Hilfe der nun bekannt gewordenen Bargeldimporte kann Russland jedoch weiterhin am internationalen Finanzsystem teilnehmen. Reuters zufolge versorgen etwa die Vereinten Arabischen Emirate und die Türkei ihren internationalen Partner Russland mit dem Geld. Ökonominen und Ökonomen gehen davon aus, dass Russland auf absehbare Zeit vom Dollar als globale Leitwährung abhängig bleibt. Weltweit hält die Mehrheit der Zentralbanken ihre Devisenreserven in der Währung der Vereinigten Staaten. Auch die Hälfte des internationalen Handels wird in Dollar abgewickelt, nicht zuletzt auch der Kauf und Verkauf von Rohöl, einem der wichtigsten Exportgüter Russlands.

Zahlungsverzögerungen im chinesisch-russischen Handel

Offenbar fordern russische Kreditinstitute Importeure auf, eine schriftliche Bestätigung der chinesischen Bank vorzulegen, dass sie bereit ist, Zahlungen für Ware anzunehmen, um unerwartete Rückzahlungen zu vermeiden. Ein Importeur, der auf das Problem gestoßen ist, hat dem russischen Medium Vedomosti davon berichtet, und ein Berater für Außenhandelsabrechnungen habe dies bestätigt, meldete der russische Kommersant. Um sich im Voraus über das Schicksal der Zahlung zu informieren, wendet sich der chinesische Lieferant an den Manager seiner Bank, schildert die Einzelheiten und fragt, ob er das Geld annehmen wird, erklärt der Vermittler.

Das Thema wird auch auf dem Eastern Economic Forum diskutiert. Ivan Podbereznyak, Leiter der SME Bank, beschrieb grenzüberschreitende Zahlungen nach China

folgendermaßen: „Wir schleichen herum wie ein Dieb in der Nacht“, berichtet RBC. Geschäftsleute bestätigen, dass es immer noch Probleme gibt, einschließlich eingefrorener Transaktionen, so Kirill Latinsky, Geschäftsführer von Transasia Logistics: „Für sanktionierte Waren gehen keine direkten Zahlungen ein, und für nicht sanktionierte Waren gibt es seltsamerweise auch viele Ausfälle.“

Die für Warenlieferungen überwiesenen Gelder werden auf den Korrespondenzkonten der chinesischen Banken verzögert, was dazu führt, dass die russischen Unternehmen ihr Betriebskapital verlieren. Der Zeitraum für die Rückgabe kann leicht bis zu 30 Kalendertage betragen. Dies ist wahrscheinlich der Grund, warum russische Banken solche Zusicherungen von ihren chinesischen Kollegen verlangen, sie wollen sich absichern und einige systemische Lösungen finden“.

Die russischen Importeure haben selbst, ohne auf die Banken zu warten, begonnen, sich bei ihren Geschäftspartnern über die Möglichkeit von Zahlungen zu erkundigen. Und hier kommt China ihren Bedürfnissen entgegen, so Anna Fomicheva, Mitbegründerin der Plattform Digital VED. Ihrer Meinung nach wird jedoch in den meisten Fällen alles von den Banken abgelehnt:

„Alle nicht-sanktionierten Banken können jetzt im Prinzip in Yuan zahlen. Es geht nicht um sie, sondern um die Tatsache, dass chinesische Banken kein Bargeld akzeptieren wollen. Und unsere Aufgabe ist es, zu dem chinesischen Lieferanten zu gehen und zu sagen: 'Herr Li, gehen Sie zur Bank und fragen Sie, ob diese Bank Gelder aus Russland annehmen wird. Und Herr Li geht zu seiner Bank und fragt sie, und sie sagt: „Nein, das werden wir nicht tun“: „Aber aus Kirgisistan, werden Sie es kreditieren?“. Und sie sagen: „Wir werden es von Kirgisistan aus gutschreiben, aber Sie müssen nur Verträge mit einer kirgisischen juristischen Person vorlegen, um zu bestätigen, dass die Waren definitiv dorthin gehen werden, damit Ihnen das Geld gutgeschrieben werden kann.“

Also gehen unsere Lieferanten jetzt zu den Banken und klären, ob sie Geld aus Russland gutschreiben oder nicht. In 90 Prozent der Fälle sagen die Banken, dass sie es nicht tun. Wenn es sich um Banken aus dem Norden handelt, dann ist es möglich“.

Dem Leiter der SME Bank zufolge ist die russische Wirtschaft bereits „auf die dritte Ebene hinabgestiegen“, die Bezirksebene, und arbeitet mit den ländlichen Banken zusammen. Doch der Aufbau der Kette ist nur ein Teil des Problems. Die Importeure sind besorgt über die hohen Provisionen (bis zu 7 Prozent in Banken) und die zeitliche Abwicklung der Transaktionen. In manchen Fällen kann es bis zu einem Monat dauern, sagte Igor Rebelsky, Gründer von VIG

„Man kann die Art und Weise, wie Zahlungen getätigt werden, in zwei große Blöcke unterteilen. Der erste sind große Banken, die Geld nach China schicken. Der zweite sind Zahlungsagenten, die die Möglichkeit haben, Waren durch Gegenströme zu bezahlen.“

Bei der ersten Option gibt es oft zwei Funktionen: die beschleunigte Zahlungsoption von zwei bis fünf Tagen und die Standardoption, bei der die Frist je nach Situation im Hochsommer bis zu drei bis vier Wochen betragen kann. Die Zahlstellen versprechen, die Zahlung innerhalb von fünf bis sieben Arbeitstagen zu leisten, aber in der Praxis kann es bis zu einem Monat oder anderthalb Monaten dauern“.

Die Gesprächspartner von „Kommersant FM“ stellen fest, dass jedes neue Schema für Abrechnungen mit China nicht länger als drei Monate funktioniert, und dann muss eine neue Lösung gefunden werden. Die SME Bank gab zu, dass 90 Prozent ihrer Arbeit der Überwindung der Folgen von Primär- und Sekundärsanktionen gewidmet sind.

[Sanktionen: Russland und China müssen über uraltes System handeln - Business Insider](#)
[Russland importiert Dollar- und Euroscheine in Milliardenhöhe - Business Insider](#)

[Платежи задерживаются в Китае – Коммерсантъ FM \(kommersant.ru\)](#)

[Moskaus Banken gehen Yuan aus: Russlands Zahlungsverkehr mit China gerät ins Stocken - n-tv.de](#)

Sanktionsdruck: Russlands Handel mit der Türkei sinkt deutlich

Die Einfuhr türkischer Waren nach Russland ist in der ersten Hälfte des Jahres 2024 um 28 Prozent zurückgegangen – auf 4,16 Milliarden Dollar (gegenüber 5,8 Milliarden Dollar in der ersten Hälfte des letzten Jahres). Dies berichtet das russische Wirtschaftsportal RBC mit Bezug auf die türkische Statistikbehörde TurkStat. Einer der Gründe für den deutlichen Rückgang sei der Druck durch die Sanktionen: Der Anteil der Reexporte von EU-Waren durch die Türkei sei dadurch gesunken. Der Handelsumsatz bewegt sich im Vergleich zu 2021 dennoch weiterhin auf einem doppelten Niveau.

Im Juni 2024 lieferte die Türkei Waren im Wert von 670 Millionen Dollar nach Russland, ein Rückgang von fast 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (956 Millionen Dollar). Im vergangenen Jahr lag die Türkei mit einem Anteil von fast acht Prozent an dritter Stelle des russischen Handelsumsatzes mit anderen Ländern. Der größte Teil davon entfiel jedoch auf türkische Importe aus Russland, die wiederum überwiegend aus Energieprodukten bestehen. Im ersten Halbjahr 2024 beliefen sich die russischen Lieferungen an die Türkei auf 22 Milliarden Dollar (10 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum 2023)

Was die türkischen Exporte seit 2022 anbelangt, so ist das Land vor dem Hintergrund der Sanktionen der USA und der EU zu einer wichtigen Drehscheibe für die Lieferung von Waren aus Ländern, die Russland sanktionieren, geworden, erinnert Alexander Firanchuk, ein leitender Wissenschaftler an der Russischen Akademie für Volkswirtschaft und öffentliche Verwaltung. Im Jahr 2023 war das Volumen der türkischen Exporte nach Russland etwa doppelt so hoch wie im Jahr 2021. „Ein erheblicher Teil dieses Wachstums ist auf die Lieferung europäischer Waren über türkische Zwischenhändler zurückzuführen, aber darüber gibt es keine direkten Statistiken“, so Firanchuk.

Wie aus den detaillierten Daten von TurkStat hervorgeht (Russland veröffentlicht keine Zahlen mehr), beliefen sich die türkischen Exporte von Ausrüstungen und mechanischen Geräten (Gruppe 84 des HS: Kessel, Generatoren, Turbinen, Verbrennungsmotoren, Pumpen, Hebevorrichtungen usw.) nach Russland im ersten Halbjahr auf 961 Millionen Dollar – ein Rückgang um 27 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2023. Die Exporte

von elektrischen Ausrüstungen gingen um 48 Prozent auf 205 Millionen Dollar zurück, die Exporte von Kunststoffen und Kunststoffzeugnissen sank um 28 Prozent auf auf 249 Millionen Dollar.

Die Verhängung von Sekundärsanktionen und die verstärkte Kontrolle der Warenlieferungen durch die EU „haben wahrscheinlich das Angebot an europäischen Waren, die die Türkei passieren, erheblich reduziert“, meint Firanchuk.

Seit Anfang des Jahres wird in den Medien regelmäßig über Probleme bei Zahlungen aus Russland in die Türkei aufgrund von Sanktionsrisiken berichtet. Ende 2023 führten die USA einen Sanktionsmechanismus gegen Banken aus Drittländern ein, die mit dem russischen militärisch-industriellen Komplex zusammenarbeiten. Und im Juni 2024 erweiterten die USA die Definition des „militärisch-industriellen Komplexes“ Russlands auf alle Unternehmen, Organisationen und Einzelpersonen, die nach April 2021 mit Sanktionen belegt wurden oder werden. Dazu gehören zum Beispiel viele russische Banken, darunter Sber und VTB.

„Mit der Türkei als wichtigstem Logistikknotenpunkt bleibt die Arbeit recht schwierig“, heißt es im Pressedienst der auf internationale Transporte spezialisierten Unternehmensgruppe Rusta. Direkte Zahlungen in die Türkei sind nur für vier Arten von Waren und Dienstleistungen der so genannten grünen Liste möglich: Arzneimittel, Lebensmittel, Konsumgüter und touristische Dienstleistungen, heißt es. Für die anderen Gruppen kommen die Zahlungen - auch in Rubel - entweder nicht an oder werden zurückgeschickt. „Türkische Banken überarbeiten ihre Verfahren und verschärfen die Anforderungen für russische Kunden. Dies ist auf die direkten Drohungen der USA gegenüber türkischen Banken zurückzuführen, Sekundärsanktionen zu verhängen“, so die Gruppe. Es reiche aus, wenn die Staaten eine türkische Bank von ihren Korrespondenzkonten in den USA abkoppeln - und praktisch alle grenzüberschreitenden Transaktionen dieser Bank mit amerikanischen juristischen und natürlichen Personen seien dann nicht mehr möglich, erklären sie.

Auch Unternehmen haben Schwierigkeiten mit russischen Banken, wenn sie Zahlungen in die Türkei leisten, berichtet Rusta. „Die Banken zögern, Konten in Lira zu eröffnen und verweigern die Zahlung für viele Transaktionen“, heißt es dort.

Im Januar 2024 gab es eine gewisse Verbesserung der Zahlungssituation - dann begann die türkische Bank Emlak Katılım mit der Durchführung von Überweisungen für einige Warengruppen, sagt Roman Samoilov, Projektleiter des Bereichs Agrarwirtschaft und Konsumgüter bei der Beratungsfirma Strategy Partners. „Trotz der teilweisen Lösung des Problems sind viele Exporteure weiterhin pessimistisch, was die Verbesserung der Situation angeht“, stellt er fest.

Dem Experten zufolge sind die russischen Exporte, die von Rohstoffen dominiert werden, viel widerstandsfähiger gegen verschiedene Arten von Sanktionsbeschränkungen – „zumindest mittelfristig“. Rohstoffe lassen sich leichter umlenken (mit Ausnahme von Pipeline-Gas, das an die Infrastruktur gebunden ist), und die Risiken von Sanktionen und zusätzlichen Transaktionskosten für den Käufer können durch Abschläge auf den Weltmarktpreis kompensiert werden. Außerdem sind erhebliche Preisnachlässe nur in den Monaten der intensivsten Umleitung erforderlich, danach nimmt der Umfang der Preisnachlässe ab, wie es bei den Öllieferungen nach China der Fall war“, argumentiert er.

Auch Banken in den Emiraten brechen Zahlungsverkehr mit Russland ab

Banken in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) haben laut einem Bericht von Merkur.de seit August begonnen, Zahlungen von russischen Unternehmen für elektronische Komponenten und Unterhaltungselektronik aus China abzulehnen. Merkur.de beruft sich auf Berichte des Kyiv Independent und des russischen Kommersant. Laut Kommersant scheint das Risiko für die Emirate zu groß zu sein, plötzlich ins Visier von Sekundärsanktionen der USA und ihrer westlichen Verbündeten zu geraten. Russische Firmen hätten Unternehmen in den VAE genutzt, um Geld nach China zu transferieren – die bezahlten Waren sollten dann direkt nach Russland geliefert werden.

Dieser Schritt der VAE erfolgte angeblich auf Initiative Chinas. Hintergrund waren neue Sanktionen der USA. Am 23. August 2024 hatte das U.S. Department of State etwa 400 neue Sanktionen gegen Unternehmen und Personen bekannt gegeben, die Russland bei der Fortführung des Ukraine-Kriegs unterstützen. Unter den neu sanktionierten Entitäten befanden sich auch chinesische Akteure (siehe Kapitel USA).

Die Maßnahmen der VAE erinnern an ähnliche Schritte, die China bereits vor Monaten unternommen hat. China hatte begonnen, die Handelsbeziehungen seiner Banken zu russischen Geldhäusern einzuschränken.

[Russlands Wirtschaft zunehmend isoliert – Banken verweigern Putins Geld \(merkur.de\)](#)

China ist bei Maschinenlieferungen der große Gewinner

Laut einer aktuellen Umfrage Zentrums für makroökonomische Analysen und kurzfristige Prognosen (CMACP) unter russischen Managern, über die der russische Kommersant berichtet, kompensieren russische Unternehmen den sanktionsbedingten Ausfall westlicher Technologie insbesondere durch Lieferungen aus China und der Türkei.

In den letzten drei Jahren waren demnach Lieferungen aus China der wichtigste Kanal für diese Substitution. Im Jahr 2024 griffen 68 Prozent der befragten Unternehmen nach dem Ausfall westlicher Lieferungen auf sie zurück. An zweiter Stelle konnten russische Technologieanbieter ihre Lieferungen leicht ausweiten. Ihr Marktanteil sei dadurch in den letzten drei Jahren von 38 Prozent auf 54 Prozent gestiegen (Mehrfachnennung war möglich). An dritter Stelle stehen türkische Geräte (21 Prozent), an vierter Stelle Geräte aus den Ländern der Eurasischen Wirtschaftsunion (18 Prozent). Bemerkenswert: 14 bis 16 Prozent der Unternehmen haben 2022 bis 2024 offenbar über Umwege bzw. vor Einführung der Sanktionen noch weiter westliche Technologie bezogen.

Früheren Versionen der Umfrage, die bis 2023 vom Gaidar-Institut durchgeführt worden war, haben auch danach gefragt, welche Ausrüstungen die Unternehmen am liebsten

erhalten würden. Die Präferenz für Maschinen und Ausrüstungen aus Westeuropa stieg dabei von 62 Prozent im Jahr 2022 auf 72 Prozent im Jahr 2023.

Gleichzeitig sei ein Rückgang des technologischen Niveaus der Anlageinvestitionen zu verzeichnen - ein Rückgang der Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen, während die Investitionen in Nichtwohngebäude und Bauten beschleunigt zunehmen. Nach Schätzungen des CICAP auf der Grundlage von Rosstat-Daten ist das physische Volumen der Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen im Zeitraum 2022-2023 um 8,1 Prozent gesunken, während die Investitionen in Nichtwohngebäude und -strukturen um 35 Prozent stiegen.

[Исследование ИНП РАН: промышленники не спешат менять попавшее под санкции оборудование \(kommersant.ru\)](https://www.kommersant.ru/analizy/issledovanie-inp-ran-promyshlenniki-ne-speшат-menjat-popavshee-pod-sankcii-oborudovanie)

Russland kauft heimlich sensible Elektronik von Indien

Wie die Moskow Times unter Berufung auf die Financial Times (FT) berichtet, hat Russland eine geheime Handelsroute eingerichtet, um kritische Elektronik aus Indien für seinen Krieg in der Ukraine zu beziehen. Die FT beruft sich auf durchgesickerte Regierungsdokumente und anonyme Quellen.

Das in Moskau ansässige Konsortium für Außenwirtschaft und internationale zwischenstaatliche Zusammenarbeit in der Industrie (Ved MMKP) berichtete dem russischen Industrie- und Handelsministerium im Oktober 2022, dass es 82 Milliarden Rupien (976.650 US-Dollar) für Komponenten ausgeben könnte, die es zuvor über westliche Länder gekauft hatte. Diese Komponenten, darunter Teile für „Telekommunikations-, Server- und andere komplexe elektronische Geräte“, haben sowohl zivile als auch militärische Anwendungen und unterliegen daher westlichen Ausfuhrkontrollen. Trotz der westlichen Sanktionen, die Russland den Zugang zu wichtiger, im Ausland hergestellter Elektronik verwehren, ist das Militär des Landes nach wie vor auf diese Komponenten für Raketen, Drohnen und Geräte zur elektronischen Kriegsführung angewiesen.

Laut FT enthielt der Bericht von Ved MMKP detaillierte Pläne zur Durchführung von Transaktionen über ein „geschlossenes Zahlungssystem zwischen russischen und indischen Unternehmen“, um sich der westlichen Kontrolle zu entziehen. Ein ungenannter westlicher Beamter bezeichnete das Konsortium als eine wahrscheinliche „Fassade“ für den russischen Geheimdienst.

Russland hat durch die boomenden Ölverkäufe an Indien trotz der Sanktionen indische Rupien angehäuft, wobei sich der Handel zwischen den beiden Ländern bis 2023 auf 65 Milliarden Dollar fast verdoppelte.

Es ist zwar unklar, wie Russland seinen verdeckten Handelsplan umsetzte, aber aus den Zollunterlagen geht hervor, dass die indischen Exporte von sensibler Elektronik, wie sie im Bericht des Ved MMKP aufgeführt sind, ab Mitte 2022 erheblich zunahmen. Ein indisches Unternehmen namens Innovio Ventures lieferte Berichten zufolge Elektronik,

einschließlich Drohnen, im Wert von mindestens 4,9 Millionen Dollar nach Russland und versandte weitere Waren im Wert von 600.000 Dollar nach Kirgisistan. Mindestens ein sanktioniertes russisches Unternehmen, Testkomplekt, erhielt laut FT elektronische Geräte für den Einsatz in funkelektronischen Systemen im Wert von 568.000 Dollar.

Nach Schätzungen des Instituts für volkswirtschaftliche Prognosen der Russischen Akademie der Wissenschaften bleibt allerdings der chinesische Markt der wichtigste Kanal für die Substitution von Ausrüstungen. Auf ihn entfallen fast 70 Prozent. Etwa 20 Prozent der Unternehmen kaufen türkische Ausrüstungen, 18 Prozent haben Entsprechungen in den Ländern der EAEU gefunden, und 16 Prozent erhalten angeblich weiterhin importierte Ausrüstungen im Rahmen der Sanktionen, berichtet der russische Kommersant.

[Почему бизнес не может найти замену импорту \(kommersant.ru\)](https://kommersant.ru)

Einreiseverbote gegen 92 US-Bürger

Russland verhängte Ende August laut einem Beitrag des Spiegel ein Einreiseverbot gegen weitere 92 US-Bürger, darunter einige Journalisten, die früher in Russland tätig waren, sowie Vertreter der amerikanischen Strafverfolgungsbehörden und der Wirtschaft. Als Quelle wird das russische Außenministerium genannt. Das Verbot wurde mit der angeblich russlandfeindlichen Haltung Washingtons begründet.

Auf der Liste stünden mindestens 11 derzeitige oder ehemalige Mitarbeiter des „Wall Street Journal“ (»WSJ«) – darunter auch dessen Chefredakteurin Emma Tucker. Sie hatte Russland wiederholt für die Verhaftung und Verurteilung des »WSJ«-Reporters Evan Gershkovich wegen Spionage kritisiert, der 16 Monate hinter Gittern verbrachte, bevor er im August im Rahmen eines umfassenden Gefangenenaustauschs zwischen Russland und dem Westen freigelassen wurde. Ebenfalls gilt das Verbot für fünf Journalisten der „New York Times“, darunter der Leiter des Kiewer Büros Andrew Kramer, und vier Journalisten der „Washington Post“.

In einer Erklärung des Ministeriums heißt es, die Einreiseverbote seien „als Reaktion auf den russophoben Kurs der Biden-Administration mit dem erklärten Ziel, Moskau eine strategische Niederlage zuzufügen“, verhängt worden. Die gelisteten Journalisten repräsentierten „weitreichend liberal-globalistische Publikationen, die an der Produktion und Verbreitung von ‚Fake Informationen‘ über Russland und die russischen Streitkräfte beteiligt sind.“

[Foreign Ministry statement regarding personal sanctions on a number of US citizens - The Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation \(mid.ru\)](https://mid.ru)

[Russland: Kreml verhängt Einreiseverbot gegen 92 US-Bürger - DER SPIEGEL](https://www.der Spiegel.com)

Weitere Briten und japanische Manager sanktioniert

Russland hat am 19. August persönliche Sanktionen wie Einreiseverbote gegen 32 Vertreter von Denkfabriken, Beratungsunternehmen und anderen britischen Organisationen wegen deren „feindlichen Linie“ gegenüber Moskau verhängt.

Das russische Außenministerium hat außerdem 13 japanischen Topmanagern die Einreise nach Russland verboten. Unter ihnen sind etwa die CEOs von Toyota und des Handelsriesen Rakuten. Dies seien Vergeltungsmaßnahmen für Sanktionen, die Großbritannien und Japan seit dem 23. Februar 2022 in mehreren Stufen gegen Russland verhängt hatten. Bereits zuvor hatte Russland rund 450 Japaner mit einer Einreisesperre belegt, bei denen es sich größtenteils um Mitglieder von Regierung und Parlament handelte. Dass nun auch Wirtschaftsvertreter auf der russischen Sanktionsliste landen, sei ungewöhnlich, bemerkt die englischsprachige Tageszeitung Japan Times aus Tokyo.

[Toyota chairman and 12 other Japanese executives banned from entering Russia - The Japan Times](#)

[Заявление МИД России о персональных санкциях в отношении представителей ВПК, экспертного сообщества и СМИ Великобритании - Министерство иностранных дел Российской Федерации \(mid.ru\)](#)

Deutliche Ausweitung der Russland-Sanktionen

Die US-Regierung hat am 23. August umfassenden, neuen Sanktionen gegen „Unterstützer des russischen Krieges“ erlassen. Anlässlich des Unabhängigkeitstags der Ukraine wurden neue Sanktionen gegen fast 400 Organisationen und Einzelpersonen verhängt. Die Sanktionen betreffen sowohl Institutionen und Einzelpersonen in Russland als auch in Drittstaaten. Sie sollen die russische Kriegswirtschaft treffen und zielen unter anderem auf den russischen Energiesektor ab. Die Maßnahme nimmt laut US-Finanzministerium fast ein Dutzend verschiedener Netzwerke ins Visier und benennt mehr als 100 Personen und Einrichtungen in 16 Ländern, darunter die Volksrepublik China/Hong-Kong, die Schweiz und Liechtenstein, die Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate.

In der Pressemitteilung des Finanzministeriums werden die Ziele der Maßnahmen beschrieben: „...transnationale Netzwerke, darunter solche, die an der Beschaffung von Munition und militärischem Material für Russland beteiligt sind, die russischen Oligarchen die Umgehung von Sanktionen durch Offshore-Treuhandgesellschaften und Unternehmensgründungen erleichtern, die Sanktionen gegen russische Cyber-Akteure umgehen, Gold für ein sanktioniertes russisches Goldunternehmen waschen und Russlands militärisch-industrielle Basis durch die Beschaffung sensibler und kritischer Güter wie fortschrittliche Werkzeugmaschinen und elektronische Komponenten unterstützen.“

Das Finanzministerium hat beispielsweise mehr als 60 in Russland ansässige Technologie- und Verteidigungsunternehmen sanktioniert, die für die Aufrechterhaltung und Entwicklung der russischen Verteidigungsindustrie von entscheidender Bedeutung sind, darunter Unternehmen, die in den Bereichen Waffenentwicklung und -modernisierung, Automatisierung und Robotik, Entwicklung und Erwerb von Dual-Use-Elektronik, digitale Überwachung, Internet der Dinge und künstliche Intelligenz tätig sind

Die Sanktionen schränken Russlands künftige Einnahmen aus Metallen und Bergbau weiter ein. Das Finanzministerium nimmt zudem russische Finanztechnologieunternehmen ins Visier, die notwendige Software und IT-Lösungen für den russischen Finanzsektor anbieten.

Als Folge der neuen Sanktionen werden mögliche Vermögenswerte der Betroffenen in den USA gesperrt. US-Bürgern oder Menschen, die sich in den Vereinigten Staaten befinden, sind Geschäfte mit den sanktionierten Firmen und Personen untersagt. Auch internationale Geschäfte werden durch die Sanktionen für Betroffene meist deutlich schwieriger.

Übersicht zu den neu gelisteten Personen:

[Russia-related Designations and Designations Updates; Issuance of Russia-related General Licenses; Issuance and Amendment of Russia-related Frequently Asked Questions | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

Zur Pressemitteilung:

[As Russia Feels Effects of Multilateral Sanctions Campaign, Treasury Takes Further Action Against Russia's International Supply Chains | U.S. Department of the Treasury](#)

Medienberichte:

[Russlands Kriegswirtschaft: Neue US-Sanktionen gegen fast 400 Organisationen und Einzelpersonen - WELT](#)

Zusätzlich hat das OFAC am 5. September zwei russische Schifffahrtsunternehmen und zwei Schiffe sanktioniert, die mit Versuchen in Verbindung stehen, Flüssigerdgas (LNG) aus dem von den USA sanktionierten Projekt Arctic LNG 2 zu exportieren - Pressemitteilung. Bei den benannten Unternehmen, Gotik Energy Shipping Co (Gotik Energy) und Plio Energy Cargo Shipping OPC PVT LTD (Plio Energy), handelt es sich um den Eigentümer bzw. den kaufmännischen Leiter des LNG-Frachters New Energy.

[Further Sanctions to Degrade Russia's Ability to Operationalize the Arctic LNG 2 Project - United States Department of State](#)

USA gehen gegen russisches Mediennetzwerk vor

Die Vereinigten Staaten starten eine Offensive gegen das russische Staatsmedium Russia Today (RT), das sich in den Präsidentschaftswahlkampf einmischen und dessen Ausgang beeinflussen soll. Dies berichtet der österreichische Standard. Gemeinsam präsentierten Us-Justiz-, Außen- und Finanzministerium demnach ein koordiniertes Vorgehen gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des TV-Senders.

Darunter befindet sich auch eine Anklage gegen zwei Mitarbeiter. Diese sollen zehn Millionen US-Dollar an ein Unternehmen im US-Bundesstaat Tennessee bezahlt haben, das „Inhalte mit versteckten russischen Regierungsbotschaften für ein US-Publikum erstellt und verteilt hat“, sagte laut Standard Justizminister Merrick Garland zu den Vorwürfen. Damit soll dem von Moskau präferierten Präsidentschaftskandidaten – laut US-Geheimdiensten dem Republikaner Donald Trump – zum Sieg verholfen werden.

In den offiziellen Unterlagen wird das beschuldigte US-Unternehmen nie namentlich genannt. Es deutet aber alles darauf hin, dass es sich um Tenet Media handelt. Das Unternehmen postet tausende englischsprachige Videos in den sozialen Medien und verbreitet rechte Politik. Unter den sechs „Talenten“, die Tenet auf seiner Website präsentiert, befindet sich nach Angaben des Standard auch Lauren Southern. Sie war gut mit dem österreichischen Identitären Martin Sellner und dessen Frau Brittany Sellner (früher: Pettibone) bekannt und nahm auch an Aktionen der Identitären teil.

Insgesamt wurden zehn RT-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter auf eine Sanktionsliste gesetzt – darunter auch Chefredakteurin Margarita Simonjan. In der EU ist sie infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine bereits seit Februar 2022 auf solch einer Liste. Die USA haben nun auch zwei Manager des Medienunternehmens angezeigt, die die

Zahlungen an das US-Unternehmen durchgeführt haben sollen: Kostiantyn Kalaschnikow und Elena Afanasjewa.

Außerdem schränken die USA die Visa für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kreml-unterstützten Medienhäusern ein. 32 Internetdomänen wurden beschlagnahmt, die verdeckt "KI-generierte Falschmeldungen" unter bestimmten Gesellschaftsschichten und in gewissen US-Regionen verbreiten. RT soll mit den zuvor erwähnten zehn Millionen US-Dollar seit Ende 2023 fast 2000 Videos bezahlt haben, die auf Tiktok, Instagram, X und Youtube verbreitet worden sind.

Auch Deutschland im Visier

Diverse Berichte identifizierten immer wieder Onlinekanäle, die der russischen Regierung nahestehen und ihre Propaganda in Deutschland verbreiten. Nun werfen auch die US-Behörden laut einem Bericht des Spiegel Russland vor, Einfluss auf die politischen Debatten hierzulande nehmen zu wollen. Demnach soll Deutschland seit mindestens zwei Jahren eines der Hauptziele für russische Desinformation sein. Einem Bericht des FBI zufolge sitzen die Drahtzieher der Kampagnen im Kreml. Ihr Ziel: die Unterstützung für die Ukraine schwächen, das Bild der Nato schädigen – und die AfD unterstützen.

Pressemitteilung:

[Treasury Takes Action as Part of a U.S. Government Response to Russia's Foreign Malign Influence Operations | U.S. Department of the Treasury](#)

Presseberichte:

[Kreml-Geld für rechte Influencer und Identitären-Freunde - USA - derStandard.at › International](#)

[Russland: Warnung vom FBI – Deutschland wichtiges Ziel russischer Desinformation - DER SPIEGEL](#)

Neue Sanktionen gegen das Lukaschenko-Regime in Belarus

Das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums hat am 9. August neue Sanktionen gegen Belarus verkündet. Betroffen sind 19 Einzelpersonen, 14 Unternehmen und ein Flugzeug gemäß der auf Belarus-bezogenen Executive Order (E.O.) 14038. Die Maßnahme zielt auf Personen ab, die an der Unterstützung des russischen Krieges in der Ukraine durch die Produktion von militärischen Ressourcen und den Umschlag von Gütern nach Russland, die Umgehung von Sanktionen im Namen von belarussischen Verteidigungseinrichtungen und die Erzielung von Einnahmen für belarussische Oligarchen im inneren Kreis des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko beteiligt sind, erklärte das OFAC in einer Pressemitteilung.

Auf der schwarzen US-Liste stehen nun auch die Fluggesellschaften Belkanto, Rubistar und Rada, das Legmash-Werk, ein Drohnen-Konstruktionsbüro und eine Boeing 767, die mit dem Lukaschenko in Verbindung gebracht wird. Das US-Finanzministerium hat zudem eine General License veröffentlicht, welche die Abwicklung von Transaktionen mit

Belcanto, Rubistar und Rada bis zum 10. September befristet. Danach seien Interaktion mit diesen belarussischen Unternehmen auf die Zivilluftfahrt beschränkt. Auch die EU, Großbritannien und Kanada hätten Beschränkungen gegen Minsk eingeführt.

Die Aktion bekräftigt die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, das Lukaschenka-Regime für seine Angriffe auf die belarussische Demokratiebewegung und seine schamlose Ausbeutung des belarussischen Volkes zur Rechenschaft zu ziehen, heißt es in der Erklärung.

Das US-Außenministerium ergriff zudem Maßnahmen, um gemäß der Präsidentenproklamation 8015 Visabeschränkungen für 19 Regimevertreter und ihre Verbündeten wegen ihrer Beteiligung an der Untergrabung der Demokratie in Belarus zu verhängen.

Meldung im Original:

[Treasury Tightens Sanctions on Belarus's Military Support to Russia and Lukashenka Regime | U.S. Department of the Treasury](#)

[Belarus Designations and Designation Update; Russia-related Designations and Designation Removal; Issuance of Russia-related General License | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

Sanktionsumgehung mit Flugzeugteilen über Armenien

Das Unternehmen Miami Technics soll laut einem Bericht des Portals The Insider unter anderem Teile für De Havilland Canada Dash 8-400 der russischen Airline Aurora nach Russland geschickt haben. Diese Teile unterliegen einem Handelsembargo der USA. Das bedeutet, dass sie standardmäßig nicht nach Russland ausgeführt werden dürfen. The Insider hat russische Zollunterlagen untersucht und herausgefunden: Die Lieferungen wurden als aus Miami, Florida, stammend aufgeführt, mit den Vereinigten Staaten als Versandland. Jedoch wurde als handelndes Land Armenien angegeben.

Seit Anfang des Jahres hat Miami Technics demnach Flugzeugteile im Wert von 400.000 Dollar nach Russland importiert, Teile im Wert von rund 300.000 Dollar fielen unter das Embargo. 2023 waren es Teile im Wert von 3,2 Millionen Dollar, 1,5 Millionen davon unter Embargo. Das Unternehmen gehört einem 38-jährigen Mann mit armenischen Wurzeln. Bei einem Anruf von The Insider nahm er ab, aber legte auf, als er erfuhr, dass es sich bei seinem Gesprächspartner um einen Journalisten handelte. Die Webseite von Miami Technics ist nicht mehr erreichbar, die Firma wird als liquidiert gelistet.

OFAC-Warnung vor russischen Sanktionsumgehungsversuchen

Das OFAC hat eine Russland-Sanktionswarnung veröffentlicht, in der ausländische Gerichtsbarkeiten und Finanzinstitute vor russischen Versuchen gewarnt werden,

Sanktionen zu umgehen, indem sie ausländische Niederlassungen und Tochtergesellschaften nutzen, die zur Finanzierung des russischen Militärs eingesetzt werden.

In der Warnung weist das OFAC unter anderem darauf hin, dass es gemäß EO 14024 ausländische Finanzinstitute sanktionieren kann, die bedeutende Transaktionen durchführen oder erleichtern oder Dienstleistungen erbringen, an denen die militärisch-industrielle Basis Russlands beteiligt ist; und dass ausländische Aufsichtsbehörden und Finanzinstitute bei neuen Niederlassungen in Übersee vorsichtig sein sollten.

[Russian Attempts to Evade Sanctions Using New Overseas Branches and Subsidiaries \(treasury.gov\)](https://www.treasury.gov)

Gleichzeitig haben die USA ihre Exportkontrollen verschärft und nehmen verstärkt russische Beschaffungsnetzwerke ins Visier. Das Bureau of Industry and Security („BIS“) hat dazu angekündigt, „aggressive Maßnahmen“ zu ergreifen, um zu verhindern, dass US-Güter nach Russland und Belarus gelangen und im Krieg in der Ukraine eingesetzt werden. In einer Pressemitteilung werden die wichtigsten Maßnahmen genannt, mit denen illegale Beschaffungsnetzwerke, die die US-Ausfuhrkontrollen umgehen, ins Visier genommen werden sollen:

- „Ausweitung des Anwendungsbereichs“ der Regel für militärische Endverbraucher und ausländische Direktbeschaffungsprodukte aus Russland und Belarus;
- Hinzufügung weiterer Genehmigungsanforderungen;
- die Beschränkung des Handels auf „zusätzliche ausländische Adressen“
- Bereitstellung weiterer Leitlinien für den Export

[Commerce Tightens Export Controls, Targets Illicit Procurement Networks For Supplying Russian War Machine | Bureau of Industry and Security \(bis.gov\)](https://www.bis.gov)

Neue General Licenses und FAQ

Die USA haben mehrere neue General License veröffentlicht, um Ausnahmen von Sanktionen zuzulassen.

Generals License Nr. 101:

Sie ermöglicht Ausnahmen von Belarus-Sanktionsvorschriften 31 CFR Teil 548 und Russland-Sanktionsvorschriften für schädliche ausländische Aktivitäten 31 CFR Teil 587. Die Lizenz genehmigt Transaktionen zur Sicherheit der Zivilluftfahrt und zur Abwicklung bestimmter Unternehmen, die am 9. August 2024 gesperrt wurden. Die von der Lizenz betroffenen Unternehmen sind:

- Aviakompaniya Belkanto LLC;
- Aviakompaniya Rada LLC;
- UE RubiStar; oder
- jedes Unternehmen, das zu mindestens 50 Prozent im Besitz der genannten Unternehmen ist

General License Nr. 102:

Die Lizenz genehmigt „bestimmte Transaktionen, an denen VPower Finance Security (Hong Kong) Limited beteiligt ist“ und erlaubt Transaktionen:

- Transaktionen, die für den Transport, die Lieferung oder die Lagerung von Bargeld, für Bargeldverarbeitungsdienste oder die Wartung von Geldautomaten in Hongkong erforderlich sind, und
- „die üblicherweise mit der Bereitstellung und Besetzung von Kundendienstzentren für Nahverkehrsbahnhöfe in Hongkong verbunden und dafür notwendig sind“.

[download \(treasury.gov\)](#)

[download \(treasury.gov\)](#)

Neue General License Nr. 103 und Nr 104 zum Import bestimmter Juwelen und Diamanten:

[download \(treasury.gov\)](#)

[download \(treasury.gov\)](#)

Das OFAC hat eine neue russlandbezogene FAQ (FAQ 1192) herausgegeben und die russlandbezogene FAQ 1033 mit weiteren Einzelheiten zu den Maßnahmen in Bezug auf bestimmte Buchhaltungs-, Trust- und Unternehmensgründungen aktualisiert. In den neuen FAQ wird erläutert, welche Ausnahmen von den Ausfuhrbestimmungen für IT- und Softwaredienste gelten.

[1192 | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

[1033 | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

Gesperrter Zahlungsverkehr

Amerikanische Banken haben nach Informationen des russischen Kommersant damit begonnen, Konten für Transaktionen aus dem Gebiet Russlands zu sperren. Verdächtige Kunden werden anhand der IP-Adresse ermittelt, schreibt dazu auch das russische Wirtschaftsmedium RBC. Den Gesprächspartnern der Publikation zufolge erfolgt die Sperrung, nachdem eine Person eine Bankanwendung oder Kartendaten zur Zahlung im Internet eingegeben hat.

Die Rechtsanwältin und Sanktionsexpertin Kira Vinokurova sagt, dass die US-Behörden keine direkten Anweisungen zu diesem Thema gegeben haben, obwohl vieles davon abhängt, wo in Russland die Transaktion ihren Ursprung hat: „Ich kenne Fälle, in denen Transaktionen abgelehnt wurden, ohne dass das gesamte Konto gesperrt wurde. Und ich bin nicht überrascht über mögliche Fälle einer vorübergehenden Sperrung von Konten von Personen, die Transaktionen von Russland aus durchführen.“

Es gibt bestimmte Gebiete, in denen die Banken verpflichtet sind, Adressen zu überwachen und bestimmte Maßnahmen zu ergreifen, darunter die Identifizierung von IP-Adressen und deren Standorten. Wir sprechen hier insbesondere über LNR, DNR, Iran

und Kuba. Russland verfügt nicht über alle diese Daten, aber wir wissen nicht, welche Konten gesperrt wurden und welche IP-Adresse identifiziert wurde, vielleicht war die Krim dabei. Wenn das der Fall war, dann gibt es hier eigentlich keine Fragen, alles ist klar und sehr logisch.

Wenn die Überweisung zum Beispiel von Moskau aus getätigt wurde, dann geht das über die Anforderungen der Sanktionsgesetzgebung hinaus. Aber die Banken können eine globale Politik verfolgen und sich weigern, Aufträge aus dem Gebiet der Russischen Föderation zu bearbeiten“.

[Как снижается доля доллара и евро при расчетах \(kommersant.ru\)](https://www.kommersant.ru)

Sanktionsumgehung mit Flugzeugteilen: Israeli bekennt sich schuldig

Der israelische Staatsbürger Gal Haimovich hat sich der Verschwörung zu Verstößen gegen die Ausfuhrkontrolle und des Schmuggels in den USA schuldig bekannt. Er ist Eigentümer eines internationalen Speditionsunternehmens, das an einem Plan beteiligt war, Flugzeugteile aus den USA an sanktionierte russische Fluggesellschaften zu liefern. Der 49-jährige Haimovich gab zu, dass sein Plan darin bestand, US-Firmen über den wahren Bestimmungsort der fraglichen Waren zu täuschen, und dass der Angeklagte und andere versuchten, den Plan zu verschleiern, indem sie falsche Angaben in den bei der US-Regierung eingereichten Exportdokumenten machten. Eine Anhörung zur Strafzumessung wurde für den 22. November angesetzt.

[Office of Public Affairs | Israeli Freight Forwarder Pleads Guilty to Violating Export Restrictions Imposed on Russia | United States Department of Justice](https://www.oia.dhs.gov/press/20180801)

OFAC verbessert seinen Service und verlängert Aufbewahrungsfristen

Das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums hat sich verpflichtet, seine Infrastruktur und ihre Ansätze zur Zusammenarbeit mit den Beteiligten zu modernisieren, um sicherzustellen, dass die Sanktionen leicht verständlich und durchsetzbar sind. „So treffen wir uns beispielsweise regelmäßig mit Unternehmen, Organisationen und zivilgesellschaftlichen Gruppen, die von unseren Sanktionen betroffen sind, um besser zu verstehen, mit welchen Umsetzungsproblemen sie konfrontiert sind und welche bewährten Praktiken sie bei der Einhaltung von Sanktionen anwenden“, schreibt das OFAC in einer Mitteilung. „Diese wertvollen Rückmeldungen aus der Öffentlichkeit sind in mehreren aktuellen Initiativen des OFAC eingeflossen, die darauf abzielen, die Umsetzung unserer Sanktionen zu erleichtern.“

Realisiert hat das OFAC bereits eine neue Website, zudem wurde eine OFAC-Videoserie mit Erklärungen veröffentlicht. Auch arbeite man an einer regelmäßigen Aktualisierung der FAQ und verbesserten Suchfunktionen.

[Modernizing Treasury's Office of Foreign Assets Control | U.S. Department of the Treasury](#)

Am 11. September 2024 kündigte das OFAC zudem eine Regelung (Interim Final Rule, IFR) an, die in weiten Teilen die Aufzeichnungspflichten der OFAC-Vorschriften über Berichterstattung, Verfahren und Sanktionen von fünf auf zehn Jahre verlängert. Öffentliche Stellungnahmen zu der IFR sind bis zum 13. Oktober 2024 fällig. Sofern die IFR nicht im Rahmen dieses öffentlichen Stellungnahmeverfahrens geändert wird, treten die neuen Anforderungen der IFR am 12. März 2025 in Kraft.

[OFAC Extends Recordkeeping Requirements from Five to 10 Years; Issues Paperwork Reduction Act Request for Comments | Morrison Foerster \(mofo.com\)](#)

Freiwillige Selbstanzeigen – Anpassung des Prozesses

Das US-Handelsbüro für Industrie und Sicherheit hat Sanktionsrichtlinien angepasst. Es handelt sich um Aktualisierungen des Verfahrens zur freiwilligen Selbstauskunft: Unter anderem können jetzt mehrere geringfügige/technische Verstöße in einer Meldung gebündelt werden. Die bewusste Entscheidung eines Unternehmens, einen erheblichen Verstoß nicht offenzulegen, wird bei der Festlegung von Strafen als erschwerender Faktor gewertet. Jede Person kann einen Verstoß melden und die Rückführung unrechtmäßiger Ausfuhren in die USA verlangen. Der Grundbetrag der Strafe, wenn ein Unternehmen eine Selbstauskunft abgibt, ist auf die Hälfte des Transaktionswerts begrenzt worden (statt wie bisher auf 125 000 Dollar). Der Grundbetrag der Strafe für den Fall, dass ein Unternehmen keine Selbstauskunft abgibt, wird auf den vollen Transaktionswert begrenzt (statt wie bisher auf 250 000 Dollar). Das Office of Export Enforcement hat einen größeren Ermessensspielraum bei der Festlegung von Sanktionen; und die Ermöglichung von Menschenrechtsverletzungen wurde als erschwerender Faktor hinzugefügt.

[Commerce Implements Regulatory Changes to Voluntary Self-Disclosure Process and Penalty Guidelines; Names Raj Parekh as First-Ever Chief of Corporate Enforcement | Bureau of Industry and Security \(bis.gov\)](#)

Wie kam Musks Cyber-Truck nach Tschetschenien?

Trotz des Exportverbots von Tesla Cybertrucks nach Russland hat der tschetschenische Anführer Ramsan Kadyrow offenbar einen erhalten, wie Business Insider berichtet. Ein Video, das Kadyrow auf Telegram veröffentlichte, zeigt einen Tesla Cybertruck, der durch eine leere Straße fährt und anscheinend mit einem Maschinengewehr ausgestattet ist. Kadyrow behauptet, das Fahrzeug sei ein Geschenk von Tesla-Gründer Elon Musk, den er als „das stärkste Genie unserer Zeit“ bezeichnete. Elon Musk stritt dies in einem mittlerweile gelöschten Post auf X jedoch ab. „Bist du wirklich so zurückgeblieben, dass

du denkst, ich verschenke einen Cybertruck an einen russischen General?“ Eine Frage bleibt also ungeklärt: Wie ist Kadyrow an den Cybertruck gekommen?

Mehrere kleinere EU-Länder wurden in der Vergangenheit für den Parallelhandel genutzt, um Sanktionen zu umgehen. Experten vermuten, dass Kadyrow auf diese Weise den Cybertruck ins Land bringen konnte. „Der Cybertruck wäre nach den Exportkontrollgesetzen eigentlich verboten, da Tesla ein amerikanisches Unternehmen ist“, sagte der Compliance-Experte Stephen Fallon mit Blick auf die Sanktionen gegen Russland wegen des anhaltenden Krieges in der Ukraine. „Ich vermute, dass es wahrscheinlich vom ursprünglichen Besitzer (vielleicht vor mehreren Besitzern) über die Vereinigten Arabischen Emirate, Kasachstan oder die Türkei an Kadyrow weiterverkauft wurde“. Der Zollrechtsexperte Ward Lietaert stimmte dem zu und erklärte Business Insider, dass die EU in den vergangenen Monaten mit schwerwiegenden Umgehungen von Sanktionen konfrontiert worden sei.

[Tesla Cybertruck in Russland: Große Lücken bei Sanktionen gegen Putin - Business Insider](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Russische Schattenflotte im Visier

Das Vereinigte Königreich hat laut einer Meldung der Frankfurter Rundschau zehn russische Schiffe sanktioniert, die Teil der berüchtigten Schattenflotte sein sollen. Das Hauptziel der Flotte: russischen Treibstoff um die Welt zu transportieren. Dabei handelt es sich größtenteils um ältere (und nicht versicherte) Schiffe, die Russland nutzt, um internationale Sanktionen zu umgehen. Russland besitzt sowohl Schiffe innerhalb der Flotte, die Öl transportieren, als auch LNG-Transportschiffe. Das Außenministerium des Vereinigten Königreichs hatte am 11. September von der Sanktionierung berichtet.

„Russland war gezwungen, Geld im Wert von über 8,0 Milliarden US-Dollar auszugeben, um diese Flotte zusammenzustellen“, zitierte Kyiv Independent dazu den UK-Außenminister David Lammy. Durch die Sanktionen sei es den Tankern jetzt unmöglich, Öl aufzuladen, was wiederum dabei helfe, „russische Versuche, die wirtschaftlichen Sanktionen zu umgehen, zu bekämpfen.“

[Nato-Gründungsmitglied nimmt Putins Schattenflotte ins Visier – Neue Sanktionen gegen Russlands Wirtschaft \(fr.de\)](#)

Rosneft-Vorstand gelistet

Das Vereinigte Königreich hat am 10. September die Mitglieder des Rosneft-Vorstands Didier Casimiro und Zeljko Runje auf seine Russland-Sanktionsliste gesetzt, nachdem es sie am 15. Juli 2022 von der Liste gestrichen hatte (siehe vorherigen Beitrag). Herr Casimiro und Herr Runje wurden erstmals am 24. März 2022 auf die Liste gesetzt (siehe vorherigen Beitrag). Darüber hinaus wurde Olga Ayziman von der Liste der Russland-Sanktionen des Vereinigten Königreichs gestrichen.

Kanada

Ausweitung der Belarus-Sanktionen

Kanada hat zusammen mit den USA Mitte August weitere Maßnahmen gegen das Regime in Belarus veröffentlicht. Zehn Personen und sechs Unternehmen wurden neu gelistet.

[Backgrounder – Sanctions on fourth anniversary of fraudulent presidential elections in Belarus - Canada.ca](#)

Kirgisistan

Kirgisische Zentralbank geht gegen Umgehungsgeschäfte vor

Die kirgisische Zentralbank hat Abrechnungen im Rahmen von Handelsverträgen ohne tatsächliche Lieferung von Waren in das Hoheitsgebiet des Landes untersagt, dies berichtet der russische Kommersant. Der Beschluss der Regulierungsbehörde werde mindestens ein Jahr lang in Kraft bleiben. Nicht betroffen seien zugelassene staatliche Unternehmen, die von der Regierung der Republik bestimmt werden. Wie Kommersant FM berichtete, nutzten russische Unternehmen kirgisische Banken, um Zahlungen nach China zu leisten. Gleichzeitig könnten die Waren selbst auf einem direkten Weg nach Russland geliefert werden, ohne in die asiatische Republik zu reisen.

Unterlagen zufolge werden in Kirgisistan große Mengen an Waren umgeschlagen, aber in Wirklichkeit gibt es keine Warenlieferungen. Es handelt sich dabei meist um zwischen Russland und China vereinbarte Transaktionen, die finanziell über Kirgisistan abgewickelt werden, auch um westliche Sanktionen zu erschweren bzw. Handelswege zu verschleiern. Im Sommer begannen kirgisische Banken, wie auch andere in Zentralasien, russischen Unternehmen viel häufiger Zahlungen zu verweigern. Wie RBC schrieb, erreichte der Anteil der Rückzahlungen im Juni 30 Prozent.

Kirill Latinsky, Exekutivdirektor von Transasia Logistics, glaubt, dass die Entscheidung der kirgisischen Zentralbank zu einer ernsthaften Verteuerung von Waren aus China führen könnte, die nun auch in das Gebiet der Nachbarrepublik importiert werden müssen: „Für russische Importeure wird dies einen sehr ernsthaften Anstieg der Kosten für Warenlieferungen nach Russland bedeuten.“

Nun müssen die Waren physisch in das kirgisische Hoheitsgebiet gebracht, dort verzollt und dann an den russischen Käufer verkauft werden. Die Lieferzeiten werden sich erheblich verlängern, denn wenn die Waren direkt aus China, z. B. über die Häfen der Russischen Föderation, geliefert werden, sind die Transitzeiten erheblich. Die Unternehmen in Kirgisistan dürften dabei erhebliche Gebühren verlangen und all dies werde in die Endkosten einfließen.

[ЦБ Киргизии запретил расчеты по торговым контрактам без реальной поставки товаров на территорию страны \(kommersant.ru\)](https://kommersant.ru)

Schweiz

Weitere Sanktionen gegen Belarus

Die Schweiz hat 27 natürlichen Personen aus Belarus neu sanktioniert und ein Eintrag über eine natürliche Person angepasst. Auf der ergänzten Sanktionsliste finden sich Sicherheitsbeamte, Richter und Journalisten wieder. So wurden etwa restriktive Maßnahmen gegen die Generaldirektorin der Nachrichtenagentur BelTA Irina Akulovich, den Leiter der Hauptdirektion für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Korruption des belarussischen Innenministeriums Andrei Ananenko und seine beiden

Stellvertreter verhängt. Die Sanktionen bedeuten Reiseverbote in die Schweiz, das Einfrieren von Vermögenswerten und die generelle Aussetzung von Bankgeschäften.

[Verordnung über Massnahmen gegenüber Belarus \(admin.ch\)](#)

Schweiz übernimmt 14. EU-Sanktionspaket

Die Schweizer Behörden haben am 27. August weitere Maßnahmen des 14. Pakets von EU-Sanktionen gegen Russland übernommen. Am 9. Juli hatte das Land bereits 69 natürliche und 47 juristische Personen auf seine Sanktionsliste gesetzt. Die entsprechende Erklärung wurde auf dem offiziellen Portal der Schweizer Regierung veröffentlicht. Zu den Maßnahmen gehört eine Präzisierung der Verbote für russische Diamanten: Die beschlossenen Präzisierungen „führen zu einer Harmonisierung auf internationaler Ebene in dieser Frage“, heißt es in der Erklärung. Der Schweizer Bundesrat verlängerte auch die Fristen für Genehmigungen zum Abzug von Investitionsgeldern aus Russland, um Schweizer Unternehmen die Möglichkeit zu geben, ihre Aktivitäten in Russland legal zu beenden.

[Ukraine: Federal Council decides on further measures of the 14th package of sanctions \(admin.ch\)](#)

[Швейцария присоединилась к 14-му пакету санкций ЕС против России – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](#)

7. Blick über den Tellerrand

Deutschland, Großbritannien, Frankreich und USA gehen gegen Iran vor

Die britische Regierung, Deutschland und Frankreich gehen gemeinsam gegen die iranische militärische Unterstützung für Russland vor, nachdem das iranische Regime offensichtlich ballistische Raketen an Russland geliefert hat. Das Vereinigte Königreich und die E3-Partner kündigen laut Mitteilung des britischen Außenministeriums eine bilaterale Vereinbarung mit dem Iran auf, wodurch der Flugverkehr der Iran Air nach Großbritannien und Europa eingeschränkt wird.

Großbritannien und die USA kündigen zudem koordinierte Sanktionen gegen iranische und russische Personen und Organisationen an. Russische Frachtschiffe werden wegen ihrer Rolle beim Transport von Militärgütern aus dem Iran nach Russland sanktioniert

„In Abstimmung mit unseren internationalen Partnern wird das Vereinigte Königreich seine bilateralen Luftverkehrsvereinbarungen mit dem Iran aufkündigen, was die Möglichkeit von Iran Air einschränken wird, das Vereinigte Königreich anzufliiegen. Dies folgt auf wiederholte Warnungen des Vereinigten Königreichs und internationaler Partner, die den Iran auffordern, die geplante Weitergabe der tödlichen Waffen an Russland einzustellen, deren Absicht es ist, weitere humanitäre Verwüstung und den Verlust von Menschenleben in der Ukraine zu verursachen“, teilte der britische Außenminister David Lammy in einer Pressemitteilung mit.

„Die Lieferung ballistischer Raketen durch den Iran an Russland, um dessen illegale Invasion in der Ukraine zu unterstützen, ist eine bedeutende und gefährliche Eskalation. Wir haben deutlich gemacht, dass jede Weitergabe von ballistischen Raketen durch den Iran eine deutliche Reaktion nach sich ziehen würde. Heute haben wir gemeinsam mit unseren internationalen Partnern dieses Verhalten und seine Versuche, die globale Sicherheit zu untergraben, angeprangert. Der Iran muss aufhören, Putins unprovokierten, vorsätzlichen und barbarischen Angriff gegen einen souveränen demokratischen Staat zu unterstützen. Das Vereinigte Königreich wird der Ukraine so lange zur Seite stehen, wie es nötig ist.“

Zusammen mit Frankreich und Deutschland, gab Großbritannien eine Erklärung heraus , in der es die Weitergabe von ballistischen Raketen durch den Iran an Russland verurteilt und die notwendigen Schritte erläutert, die als Reaktion darauf unternommen werden. Alle direkten Flugverbindungen zwischen dem Vereinigten Königreich und dem Iran werden demnach eingestellt. An der Seite der USA sanktioniert das Vereinigte Königreich eine Reihe wichtiger Einzelpersonen und Organisationen wegen ihrer Rolle bei der Erleichterung der militärischen Unterstützung Irans für Russland, einschließlich derjenigen, die an den Lieferketten für ballistische Raketen und Drohnen beteiligt sind:

Brigadegeneral Seyed Hamzeh Ghalandari, Zweiter Brigadegeneral Ali Jafarabadi, Majid Mousavi, stellvertretender Befehlshaber der IRGC-ASF und Stellvertreter des IRGC-ASF-Befehlshabers Amir Ali Hajizadeh

Zu den Personen, deren Vermögenswerte eingefroren wurden, gehören:
die Anzali Free Trade Industrial Zone Organisation (Anzali FTZ), Baharestan Kish
Unternehmen, Saad Sazeh Faraz Sharif (SSFS), Chekad Sanat Faraz Asia (CSFA)

Mehrere russische Organisationen wurden ebenfalls mit Sanktionen belegt, weil sie
beabsichtigen, die Waffensysteme zur Zerstörung der Ukraine einzusetzen. Dazu gehören:
das 924. staatliche Zentrum für unbemannte Luftfahrt, die russischen Luft- und
Raumfahrtkräfte (VKS), das Kommando der militärischen Transportluftfahrt (VTA).

Fünf russische Frachtschiffe wurden wegen ihrer Rolle beim Transport von Militärgütern
von Iran nach Russland sanktioniert. Dazu gehören:

- SKIF-V (IMO 8858087)
- OMSKIY (IMO 8889385)
- MUSA JALIL (IMO 8846814)
- BEGEY (IMO 8943210)
- BALTIYSKIY (IMO 7612448)

[Iranian transfers of Ballistic Missiles to Russia: UK, France and Germany joint statement - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/iranian-transfers-of-ballistic-missiles-to-russia-uk-france-and-germany-joint-statement)

8. Termine

26. September: Hybride Sitzung des Arbeitskreises Russland, 14:00 – 15:30 Uhr

Am 26. September 2024 findet von 14:00 bis 15:30 Uhr die nächste Sitzung des Arbeitskreises Russland unter Leitung von Dr. Stephan Eder, Executive Vice President Europe & Germany bei STADA und Arbeitskreissprecher Russland des Ost-Ausschusses, statt. Die Sitzung findet im Hybriden-Format in den Räumlichkeiten des Ost-Ausschusses statt. Bitte beachten Sie, dass die Zahl der Teilnehmer begrenzt ist und eine Teilnahme nur nach Bestätigung durch den Ost-Ausschuss möglich ist. Eine Online-Teilnahme ist auf jeden Fall möglich.

Das Angebot zur Teilnahme richtet sich grundsätzlich an Mitglieder des Ost-Ausschusses. Sollten Sie Interesse an der Teilnahme haben, wenden Sie sich gerne an Dr. Christiane Schuchart, c.schuchart@oa-ev.de

11. Dezember 2024: 7. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum

Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass das 7. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum, organisiert vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA), der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine), am 11. Dezember 2024 von 12:30 bis 17:30 Uhr (MEZ) im Haus der Deutschen Wirtschaft (Breite Str. 29, 10178 Berlin) stattfinden wird.

Deutsche und ukrainische Unternehmensvertreterinnen und Unternehmensvertreter werden gemeinsam mit hochrangigen politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern über die Möglichkeiten der bilateralen Zusammenarbeit diskutieren. Dabei sollen insbesondere die wirtschaftliche Resilienz, die Energieversorgung und die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine im Mittelpunkt stehen. Der Bundeskanzler Olaf Scholz und der Wirtschaftsminister Robert Habeck haben ihre Teilnahme bereits bestätigt. Auf ukrainischer Seite werden hochrangige Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertreter teilnehmen. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Bitte merken Sie sich den Termin bereits jetzt vor. Weitere Informationen folgen.

Im Ost-Ausschuss steht Ihnen für Rückfragen Regionaldirektorin Osteuropa Alena Akulich gerne zur Verfügung, a.akulich@oa-ev.de

Alle aktuellen Termine mit Ost-Ausschuss-Beteiligung finden Sie online auf dieser Seite:

[Termine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

9. Tipps & Links

Russland testet seit Anfang September eine **Kryptowährungsbörse**. Grund ist der wachsende Druck der US-Finanzsanktionen, die zuletzt den Handel zwischen Russland und beispielsweise China deutlich erschwerten. Business Insider berichtet hier über die russischen Pläne:

[Sanktionen haben Putin im Griff: Russland testet neues Zahlungssystem - Business Insider](#)

In diesem Beitrag in der Regtech Times geht es um rund 50 Verfahren, die aktuell in Litauen wegen möglicher **Sanktionsverstößen** laufen. Unter anderem geht es um Waffen- und Auto-Schmuggel.

[Lithuania Leads the Charge in Investigating Over 50 Cases of Sanctions Violations - Regtechtimes](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

BMWK-Risikoleitfaden für Unternehmen zur Sanktionsumsetzung:

[Sanktionsumgehung – Hinweispapier zur Unterstützung der Unternehmen beim Umgang mit warenverkehrsbezogenen Sanktionen \(quisuisse.net\)](#)

Weitere Hinweise zum Thema:

[BMWK - Sanktionsdurchsetzung & Sanktionsstrafrecht](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

BAFA-Telefon-Hotline: Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können sich deutsche Exporteure über eine Telefon-Hotline zu Exportbeschränkungen bei Geschäften mit Partnern in Russland informieren: +49 (6196) 9081237 (Mo-Do 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr / Freitag 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr).

Fragen zu Ausfuhrvorhaben, zu Empfängern in Russland oder zur Einstufung von Gütern erfolgen über das Formular „Sonstige Anfrage“ im [ELAN-K2 Ausfuhr-System](#). Bei Anfragen zu Gütern sind die zugehörigen Zolltarifnummern anzugeben. Dabei ist für jedes Gut eine einzelne Güterbeschreibung mit zugehöriger Zolltarifnummer im Antrag anzulegen sowie die Güter nummerisch nach den Warenverzeichnisnummern bei mehr als fünf Güterpositionen zu sortieren.

Rechtliche Grundsatzfragen, Anfragen von Hilfsorganisationen und Privatpersonen können unter folgender E-Mail gestellt werden: ru-embargo@bafa.bund.de.

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?blob=publicationFile&v=19

EU-Sanktionen

EU-FAQ zu Sanktionen (Stand 5. September):

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

FAQ zum 14. Sanktionspaket (25. Juni 2024):

[Q&A 14th package of restrictive measures against Russia \(europa.eu\)](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

[List of economically critical goods - A list of mainly industrial goods subject to EU sanctions, for which anomalous trade flows via certain third countries to Russia have been detected \(europa.eu\)](#)

[List of common high priority items - European Commission \(europa.eu\)](#)

„Whistleblower-Tool“ der EU

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](#)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](#)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:

[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](#)

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:
[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor:
[Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](#)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 7- 21 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Übersicht zur europäischen **Sanktionsdurchsetzung**. Auf dieser Internetseite zum Thema European Sanctions Enforcement werden aktuelle Ermittlungen und Gerichtsverfahren zum Thema Sanktionsumgehung verzeichnet:

[European Sanctions Enforcement – \(duanemorris.com\)](#)

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 13.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier verzeichnet und recherchierbar:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 200 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz | Leiter Public Affairs
A.Metz@oa-ev.de
T. +49 (0)30 206167-120
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de

